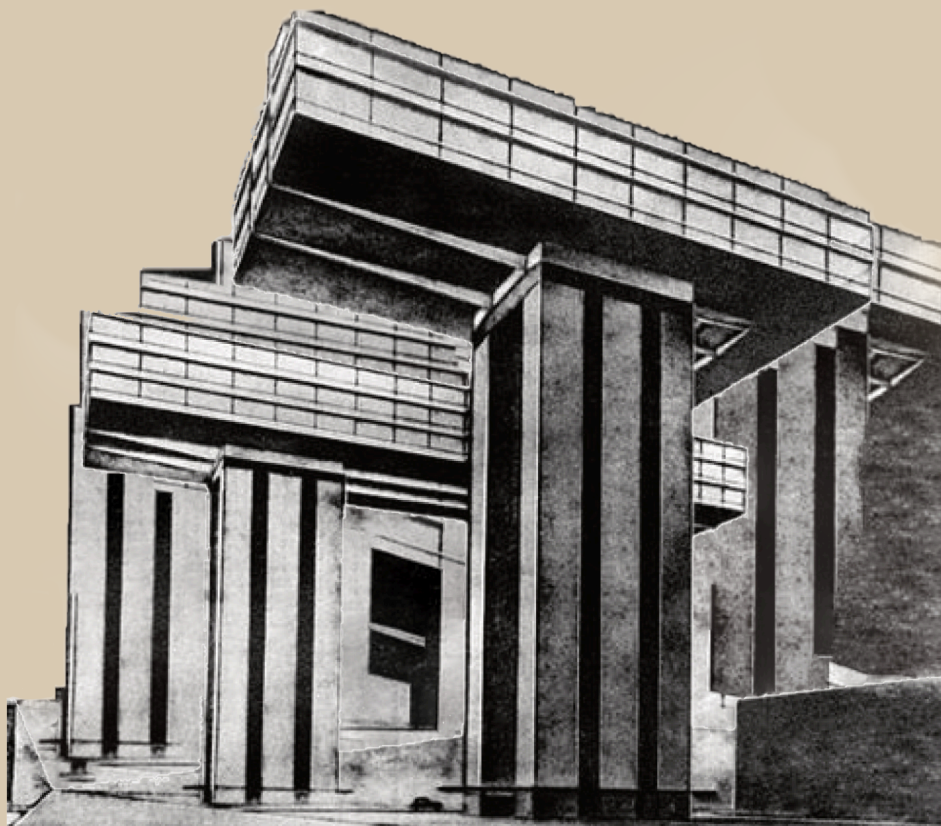


Tsweyft praesentiert

TRIBUEN | TSUKUNFT



#1 Arbeiterbörsen



Tsveyfl präsentiert:
Tribüne Tsukunft

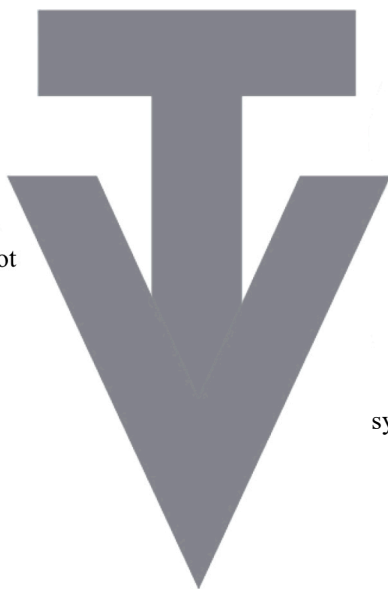
c/o Buchladen Le Sabot
Breite Straße 76
53111 Bonn
Deutschland

redaktion@tsveyfl.de

www.tsveyfl.de

© Tsveyfl 2024

Das Titelbild basiert auf einem
Bild von El Lissitzky



Druck und Vertrieb:

Syndikat-A Verlag
Bismarckstr. 41a
47443 Moers
Deutschland

syndikat@syndikat-a.de

www.syndikat-a.de

Inhalt

<u>Editorial</u>	S. 5
<u>Arbeiter:innenbörsen aufbauen</u> Ein Neustart für lokale Organisation und Branchen-Syndikalismus <i>Steff Brenner</i>	S. 7
<u>Die Aufgaben der Arbeiterbörsen</u>	S. 27
<u>Die Aufgaben der Studien-Kommissionen</u> <i>F.[ranz] B.[arwich]</i>	S. 33
<u>Theaterbörse bzw. Theaterrat</u> <i>Helge Döhring</i>	S. 39
<u>Selbstverwaltung im Gesundheitssektor organisieren</u> <i>Frederik Fuß</i>	S. 45
<u>Stadtteilarbeit als syndikalistische Praxis</u> Vortrag vom 18. Oktober 2024 im Stadteilladen Mitmischen <i>Frederik Fuß</i>	S. 51
<u>Wir handelten als Kiezkommune in Magdeburg von Anfang an autonom</u> Interview mit der <i>Kiezkommune Stadtfeld</i> und der <i>FAU Magdeburg</i>	S. 69

WAS WOLLEN DIE SYNDIKALISTEN?



DIE FÖDERATION ALLER SCHAFFENDEN

KARL HÖLZ

Editorial

Der historische Anarcho-Syndikalismus basiert organisatorisch auf zwei Säulen, den *Branchensyndikaten* und den *Arbeiterbörsen*. Während erstere heute zumindest noch theoretisch eine Rolle in der Organisation spielen, scheinen letztere nahezu vollständig in Vergessenheit geraten zu sein.

Dabei könnte es sich lohnen und neue Chancen für den Anarcho-Syndikalismus eröffnen, sich wieder auf dieses Konzept zu besinnen, es zu aktualisieren und in angepasster Form zu etablieren.

Hierzu soll die vorliegende Ausgabe Anregungen geben. Als wichtigster Ausgangspunkt dient der Text von Steff Brenner, der 2024 zuvor in der *Direkten Aktion* erschienen ist, in dem er nicht nur das historische Modell erläutert, sondern auch eine Problemanalyse der organisatorischen Strukturen der *Freien Arbeiter*innen Union* vorlegt und einen konkreten Vorschlag zum Strukturwandel und dem Aufbau von ArbeiterInnenbörsen vorlegt. Um das Konzept, auf dem auch Brenners Vorschlag basiert, besser historisch verorten zu können, folgen zwei Texte aus dem *Syndikalist*, der Zeitung der *Freien Arbeiter Union Deutschlands*, von 1920, in denen die Aufgabe der ArbeiterInnenbörsen und der Studienkommission (ein Bestandteil der ArbeiterInnenbörse) umrissen werden. Zu den Texten muss angemerkt werden, dass manches deutlich aus der Zeit gefallen wirkt, nicht nur die formulierten Ansichten über Frauen und ihre Festschreibung auf die Rolle der Mutter (trotz postulierter Gleichberechtigung), sondern auch die Mahnung armen Genossen nicht die Finanzen anzuvertrauen. Im *Syndikalist* wurde zu der Zeit immer wieder davor gewarnt, dass Menschen mit FAUD Mitgliedsbuch von Ort zu Ort zogen und die Organisation unter dem Vorwand der Solidarität bestohlen. So bleibt es eine fragliche Haltung, die in dem Artikel zum Ausdruck kommt, doch gab es auch real begründete Ängste vor Diebstahl und Betrug.

Da die Ideen des Anarcho-Syndikalismus sich auch in ihren konkreten Formen nicht nur auf die eigene Organisation und ihren Aufbau beziehen, müssen auch daran anschließende Teile für die heutige Zeit neu aufgearbeitet werden, wie die Frage nach konkreten Formen einer betrieblichen Selbstorganisation. Wie können ArbeiterInnen einen Betrieb ohne Chef umstrukturieren? Wer trifft wo und wann welche Entscheidung? Hierfür benötigen wir heute schon konkrete Vorstellungen, weil sie zum einen aufzeigen, dass es keine abstrakten und leeren Worthülsen sind, wenn wir von Selbstverwaltung

sprechen, zum anderen weil wir damit eine Basis haben, auf die wir zurückgreifen können, sollte sich eine Situation ergeben, in der die Übernahme konkret bevorsteht. Helge Döhring beschäftigt sich in seinem Text, der 2022 in der ersten Ausgabe der *Kampfgeister* erschien, mit dem Thema im Bezug auf das Theater. Frederik Fuß geht ähnlichen Überlegungen für ein psychiatrisches Krankenhaus nach.

Zum Abschluss wird ein Vortrag dokumentiert, den Frederik Fuß am 18. Oktober 2024 in Magdeburg gehalten hat. In diesem wird der Frage nachgegangen, inwiefern die sich inzwischen etablierte revolutionäre Stadtteilarbeit mit den Vorstellungen der ArbeiterInnenbörse zusammengeht. Der Vortrag basiert auf einem Text der 2023 bei der *Direkten Aktion* veröffentlicht wurde, doch ist seitdem einige Zeit vergangen und die Einschätzung der Thematik hat sich gewandelt. Abschließend findet sich ein Interview mit der *Kiezkommune Stadtfeld* und die *FAU Magdeburg*, welches an den Vortrag anschließt und die praktische Seite der Stadtteilarbeit in Verbindung mit syndikalistischer Gewerkschaftsarbeit wie auch die Verbindung zu den ArbeiterInnenbörsen hervorhebt.

Gedankt sei an dieser Stelle Steff Brenner und Helge Döhring für die Zustimmung, ihre Texte im vorliegenden Heft erneut veröffentlichen zu dürfen, wie auch den GenossInnen der Kiezkommune Stadtfeld und der FAU Magdeburg für ihre Bereitschaft die gestellten Fragen zu beantworten.

Redaktion Tsveyfl – Sektion Tribüne Tsukunft

Arbeiter:innenbörsen aufbauen

Ein Neustart für lokale Organisation und Branchen-Syndikalismus.*

Steff Brenner

Einleitung – Der Stadtteil trendet

Lokal organisieren liegt wieder im Trend. In Büchern und auf Vorträgen werden alternative Stadtteilräte, Stadtteilgewerkschaften, Mieter:innengewerkschaften, Kiezkommunen und Solidaritätszentren diskutiert. Auch in Vergesellschaftungs-Debatten, bspw. bei „Deutsche Wohnen Enteignen“ in Berlin taucht das Thema selbstorganisierter, lokaler Organisation, Verteilung und nicht zuletzt Konfliktlösung immer wieder auf.

Dabei stehen immer wieder die selben Probleme im Raum: Lokal organisieren, schön und gut – aber woher kommt Durchsetzungsmacht? Wie verbinden wir die Kämpfe von bspw. Mieter:innen und Konsument:innen mit denen von Beschäftigten? Wie kommen die lokalen Organisationen zu bundesweitem Austausch oder gar Kooperation? Müssen wir für jedes Detailproblem einen Rat gründen? – und viele weitere Fragen.

Auf die FAU wird in diesen Diskussionen selten geschaut – und sie hat sich bis jetzt leider auch wenig eingebracht. Dabei haben wir ein in der Vergangenheit erstaunlich valides Konzept in der Tasche: Die Verbindung von betrieblichen Branchenorganisationen und den historisch so genannten Arbeiter:innenbörsen (im Folgenden Lokalbörse genannt). Gleichzeitig ist dieses gute Konzept heute selbst in der FAU weitgehend in Vergessenheit geraten oder nicht mehr als ein unkonkretes Schlagwort. Mit unseren konkreten Organisationsweisen stehen wir uns oft selbst im Weg. Dabei könnten wir schon jetzt damit vieles erreichen: Auf Ernährungssouveränität und Krisenfestigkeit hinarbeiten, anarchistische Wirtschaftskonzepte greifbar machen, ein gewerkschaftlich-revolutionäres Rückgrat in den Stadtteilen verankern und die gemachten Erfahrungen bundesweit teilen und weiterentwickeln.

Was sollen diese Lokalbörsen sein? Anarchosyndikalistische Organisationen haben immer einen mehrfachen Doppelcharakter. Sie wollen einerseits

* Der Text erschien zuerst am 19.08.24 in der [Direkten Aktion](#)

ein praktisches Werkzeug für die Durchsetzung betrieblicher Ziele und für ein besseres proletarisches Leben im Hier und Heute sein. Gleichzeitig soll mit ihnen auch gesellschaftlicher Wandel abseits des Kapitalismus durchgesetzt werden. Die größte Durchsetzungsmacht sehen die Syndikalist:innen dabei immer noch in der potentiellen Verweigerung der Mehrwertproduktion – kurz dem Streik. Andererseits sind es aber eben nicht nur Abwehr- und Durchsetzungskämpfe, die wir brauchen, wir müssen auch aufbauen, konstruktiv werden, neue Formen von Arbeit, Solidaritätsstrukturen und Basisdemokratie entwickeln. Dabei kommt es nicht nur auf eine produktive (im Sinne von Güter herstellende) sondern auch auf eine reproduktive (im Sinne von den Mensch, Umwelt und die Gesellschaft (wieder)herstellende) Sphäre an.

Die Betriebs- und Branchenstrukturen bilden im Anarchosyndikalismus die Organisationsformen der abhängig Beschäftigten in ihren Betrieben, also (in Tendenz) in der produktiven Sphäre. Wir nennen diese Strukturen Syndikate, bzw. Branchenförderationen.

Das Leben und auch Gegenmacht ist aber einiges mehr, als „nur“ die Herstellung von Gütern und „nur“ der gesellschaftliche Blick in unserer Rolle als Produzent:innen. In der Lokalbörse kommen deshalb alle revolutionären Arbeiter:innen aus allen Branchen zusammen und organisieren ihre gemeinsamen Bedürfnisse.¹

Alle revolutionären Arbeiter:innen verschiedenster Branchen und Syndikate an einem Ort bilden die Mitglieder der Lokalbörsen. In Lokalbörsen organisieren wir uns bspw. als Konsument:innen, um Unternehmen durch Boykott unter Druck zu setzen, kollektive Betriebe zu stützen und damit gegenseitige Sicherheit zu verschaffen (wie im Konzept solidarischer Landwirtschaften), eigene Kollektivbetriebe oder Gemeinschaftseigentum (bspw. Energiekooperativen, Wohnraum, Gärten etc.) zu etablieren und zu verwalten. Wir kämpfen also gleichzeitig gegen kapitalistische Institutionen und versuchen unsere Unabhängigkeit durch Selbstorganisation zu erhöhen. In Lokalbörsen organisieren wir aber auch die konkreten ersten Schritte hin zu einer anderen Gesellschaft in anderen Beziehungen: Umverteilung von Geldern, Vermögen, Risiken, gemeinsame Organisation von Sorgearbeiten, Unterstützung beim Kampf gegen Behörden, bei Schicksalsschlägen, etc..

¹ An sich ist das ein offensichtlicher Fakt, aber um es plastischer zu machen: Im Betrieb haben wir oft mehr Durchsetzungsmacht als irgendwo anders. Ob ich mich im Betrieb organisiere ist aber auch abhängig davon, ob ich nicht gerade einen Mietkampf ausfechten muss, ob ich mich traue Erwerbslosigkeit in Kauf zu nehmen (oder das gar nicht kann, weil mein Aufenthaltstitel an der Beschäftigung hängt), ob ich medizinisch versorgt bin, ob ich nach der Arbeit noch Zeit für Prozesse habe oder mit Erziehung und/oder Pflege alleine stehe, ob ich mich mit Kolleg:innen treffen kann oder mich mein eifersüchtiger Partner dann mit Gewalt bedroht etc. pp..

Nicht zuletzt ist es auch der Ort, nicht die Branche oder der Betrieb, an dem wir die Formen unseres gemeinsamen Zusammenlebens verhandeln. Über Behörden, Polizei und Justiz lässt sich schnell wettern, wirkliche, humanistische Alternativen zu etablieren – jenseits von Selbstjustiz und Klientelwirtschaft – heißt lange, intensive Arbeit. Gleichzeitig ist es eine Grundbedingung für gesellschaftliche Umwälzungen, die mehr sein sollen als ein bloßer Fahnenwechsel.

Die FAU wächst aus ihrer Marginalität und damit müssen wir auch die Börsen und Branchenstrukturen wiederbeleben – gerade dann, wenn wir auch ultra-prekäre Arbeiter:innen in unseren Reihen gleichberechtigt teilnehmen lassen wollen, denn sie brauchen dafür zusätzliche Ressourcen, die gemeinsam organisiert werden müssen.

Entwirrung: allgemeine Syndikate, Branchensyndikate, Arbeiter:innenbörsen²

Die Struktur der heutigen FAU ist faktisch eine Föderation von sogenannten allgemeinen Syndikaten. Allgemeine Syndikate sind Gewerkschaften für Arbeiter:innen aller Berufe in einer Stadt oder einer bestimmten, kleineren Region. Sie sind eine Art Sammlungs-Provisorium in der anarchosyndikalistischen Organisationstheorie, denn eigentlich sind Branchengewerkschaften, also Branchensyndikate als Organisationsform für die verschiedenen Produktionszweige angestrebt.³

Wir unterscheiden also in allgemeine Syndikate und Branchensyndikate. Letztere, so ist es auch laut den Statuten geplant, sollen sich zu eigenen, vergleichsweise unabhängigen Branchenföderationen auswachsen und das Rückgrat der Bewegung in den Betrieben bilden. Davon ist die heutige FAU freilich weit entfernt, was verschiedene Gründe hat (siehe unten).

Gemein ist beiden Formen von Syndikaten (und ihren Föderationen), dass sie, der anarchosyndikalistischen Organisationstheorie nach, die Aufgaben übernehmen sollen, die wir in Deutschland klassisch mit dem Wort „Gewerk-

2 Glücklicherweise bin ich nicht der einzige, der sich aktuell in der FAU mit diesen Themen auseinandersetzt. Eine Abrechnung mit den Problemen der allgemeinen Syndikate und vielen anderen der hier angesprochenen Themen findet sich in der Artikelserie „Lieber leben wir als Außerirdische“ von Franz Heuholz in der „Direkten Aktion“: <https://direkteaktion.org/salting-touristinnen/> Einen besonderen Fokus auf die allgemeinen Syndikate wird hier gelegt: <https://direkteaktion.org/das-raum-schiff-unseres-allgemeinen-syndikats/>

3 Siehe Statuten der FAU

schaft“ verbinden: Sie sollen Betriebsgruppen oder basisdemokratische Betriebsräte⁴ aufbauen, Arbeitskämpfe führen und gewinnen und den Organisationsgrad und die Durchsetzungsmacht in ihren Branchenbereichen erhöhen. Da die FAU eine antikapitalistisch-revolutionäre Gewerkschaftsbewegung ist, kommt den Branchenstrukturen außerdem die Rolle zu, Konzepte für eine Umgestaltung der jeweiligen Branchenbereiche nach den Gesichtspunkten einer basisdemokratischen Bedarfswirtschaft⁵ zu entwickeln. Interessanterweise war gerade der letztere Punkt in der historischen FAUD (der Vorgänger: innenbewegung der FAU von 1918 bis 1933) viel zentraler, als in der heutigen FAU⁶ – obwohl diese Fragen heute durch die Klimakatastrophe wieder stärker in den gesellschaftlichen Fokus rücken, wofür auch z.B. die vergleichsweise viel beachteten Vergesellschaftungskonferenzen⁷ ein Ausdruck sind.

Unseren historischen Vorgänger:innen war bewusst, dass zur Umgestaltung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse jedoch mehr gehört, als die reine Organisation in den Betrieben als „Produzent:innen“. Einerseits haben zur Umgestaltung der Produktion von – beispielsweise – Fahrrädern ja nicht nur jene Menschen eine Meinung, die diese auch produzieren, sondern ebenso jene, die diese Fahrräder dann fahren sollen – also die breite Masse der Bevölkerung in ihrer Rolle als Konsument:innen. Und diese Rolle hat verschiedenste Aspekte, so sind wir nicht nur Konsument:innen von Nahrung, Fahrrädern etc., wir sind auch potentielle Mieter:innen, Patient:innen, Lernende, Pflege-Abhängige und haben auch in diesen Rollen ganz spezielle Probleme und Bedürfnisse. Dazu kommen – um bei dem Fahrrad-Produktionsbeispiel zu bleiben – weitere, potentiell widerstreitende

4 Im Sinne revolutionärer Betriebsräte, nicht zu verwechseln mit den Neutralität verpflichteten Betriebsräten nach dem deutschen Betriebsverfassungsgesetz oder ähnlichen Institutionen.

5 Ein Punkt, der erst einmal abstrakt klingen mag. Um ihn plastischer zu machen: Eine Profitwirtschaft, in der wir leben, kümmert sich nur insoweit um die Bedürfnisse der Arbeiter:innen, Gesellschaft, der Anlieger:innen und Konsument:innen, wie es für den Absatz von Waren unbedingt notwendig erscheint. Produktion und Absatz sind aber in der kapitalistischen Wirtschaftsform ein wirtschaftlicher Selbstzweck. Demgegenüber wären in einer Bedarfswirtschaft andere Fragen zentral, bspw.: Wie decken wir den Bedarf möglichst aller Konsument:innen? Wie organisieren wir diese Produktion möglichst arbeits-, ressourcen- und umweltschonend? Wie vermeiden wir Unsicherheiten und Abhängigkeiten in unserer Produktion (bspw. durch Umstellung auf lokal verfügbare oder ökologischere Vorprodukte und Rohstoffe)?

6 Was sehr sicher auch mit der Branchenzusammensetzung zu tun hat, die sich in der FAUD eher aus Kernindustrien und Handwerk speiste, während heute staatlich subventionierte Sozial- und Wissenschaftsberufe dominierend sind.

7 Vergesellschaftungskonferenzen mit einigen hundert Teilnehmenden aus verschiedenen Branchen und Bewegungen fanden 2022 und 2024 in Deutschland statt. Hier findet sich eine Dokumentation von vielen Veranstaltungen: <https://vergesellschaftungskonferenz.de/>

Interessen, bspw. diese, anderer Produktionszweige, die vielleicht gleiche Ressourcen benötigen (wenn diese knapp sind), die Anwohner:innen der Fahrradfabrik, die vielleicht andere Bedürfnisse (Lärm, Flächen) haben als die Produzent:innen usw. usf. Auch stehen längst nicht alle, die wir als Teil der Arbeiter:innenklasse definieren würden⁸ auch in Arbeit, genau genommen nur ein Bruchteil der Menschen in den westlichen Konsumzentren. Doch auch die Jugendlichen, Rentner:innen, unbezahlten Haus- und Care-Arbeiter:innen, Erwerbslosen und Arbeitsunfähigen gehören zur Arbeiter:innenklasse dazu, müssen in den Verhältnissen für ein würdiges Leben kämpfen.

Die Branchensyndikate allein können entsprechend gar nicht fähig sein, die Interessen der Arbeiter:innen in ihrem proletarischen Alltag umfassend zu schützen oder eine gesellschaftliche Umgestaltung zu entwerfen, auszuhandeln und durchzusetzen. Es braucht eine weitere, eine kommunale Ebene. Das waren in der Konzeption der anarchosyndikalistischen Gewerkschaften vor 1933 die sogenannten Arbeiter:innenbörsen. In denen sich (dem Konzept nach) alle anarchosyndikalistischen Arbeiter:innen in einem Ort/einer Region unabhängig von ihrer Branchenzugehörigkeit (oder deren Abwesenheit) organisierten – als Konsument:innen, Mieter:innen, usw..

Was sind Arbeiter:innenbörsen?

Eine Arbeiter:innenbörse/Lokalbörse⁹ in der revolutionären Konzeption der alten FAUD lässt sich von der Zielvorstellung her vielleicht am ehesten mit der heutigen, deutschen Kommune vergleichen. Sie stellt die wesentliche Entscheidungs- aber auch Verwaltungsbasis für alle Einwohner:innen einer Stadt, eines Dörferversandes oder ähnliches dar.

Das heißt, in der Lokalbörse werden, in dieser Vorstellung, zukünftig die Regeln des lokalen Zusammenlebens bestimmt. Natürlich mit wesentlich weitreichenderer Autonomie als in den heutigen Kommunen und nach basisdemokratischen Regeln.

Es gibt einen weiteren sehr wichtigen Unterschied zu den heutigen Kommunen: In der anarchosyndikalistischen Grundkonzeption wird eine kleinteilige,

⁸ Laut FAU-Satzung: Alle die nichts Wesentliches zu verkaufen haben, als ihre Arbeitskraft und die entsprechend für ihr Auskommen auf Lohnarbeit, Einkommen von Dritten oder staatliche Transferleistungen angewiesen sind.

⁹ Ich werde sie hier im weiteren Text Lokalbörse nennen, weil es nicht ganz so sperrig ist und das Wort Kommune, welches meines Erachtens nach auch naheliegender wäre, im Deutschen Verwirrung stiftet. Prinzipiell gilt dies aber auch für das Wort Börse, das zudem verstaubt klingt. Eine andere Begrifflichkeit wäre daher zu diskutieren.

regionale Wirtschaft angestrebt. Auch andere anarchistische Konzepte setzen auf ein hohes Maß an regionaler Selbstversorgung, als eine Flankierung der relativ großen, lokalen Autonomie.¹⁰ Aus heutiger Sicht kommen weitere positive Aspekte regionaler Wirtschaft wie Landschafts-, Umwelt- und Klimaschutz dazu. Lokalbörsen und Regionalbörsen¹¹ kommt also in einer revolutionären oder auch krisenhaften Situation nicht nur die Koordination bestimmter Sektoren wie Gesundheits- und Sozialwesen zu, sondern die Gesamtheit der lokalen Wirtschaft.

In der Lokalbörse gibt es Institutionen mit einem unterschiedlichen Grad an Autonomie. Sehr unabhängig sind der Sache nach bspw. die Branchensyndikate, die sich überregional auch in ihren eigenen Branchenförderationen organisieren. Durch sie finden in „ruhigen“ Zeiten die Kämpfe in den Betrieben statt, jedoch ebenso auch die Kooperation mit kollektiven Betrieben einer Branche. Ihnen treten die Börsen als der Gesamtheit der organisierten Lohnabhängigen an einem Ort in ihrer Rolle als organisierte Konsument:innen, aber auch Anwohner:innen, etc. gegenüber. Aus diesen Rollen entstehende Konflikte zu lösen und vor allem aber auch gemeinsame Kämpfe zu ermöglichen, ist, ebenso wie die Reaktion auf externe Probleme, die alle Mitglieder betreffen, Aufgabe der Börse.

Die alten Konzepte der FAUD sahen eine Art Zweiteilung aus Produktion und Reproduktion (bspw. Pflege, Kochen, Erziehung, Bildung, Konsum, Konfliktlösung, Umwelt- und Naturschutz, Kultur, Regeln des Zusammenlebens aushandeln) vor. Während erstere das Feld der Branchenförderations sei, wäre letztere die Sphäre der Börsen in ihrer Gesamtheit. Diese Zweiteilung machte aus der historischen Sichtweise vielleicht noch halbwegs Sinn, erscheint mit der zunehmenden Verkapitalisierung der genannten Reproduktionssphäre jedoch zunehmend unscharf und die konzeptionelle Aufteilung wäre hier wohl in Zukunft neu zu bestimmen.

Die Lokalbörse hat damit wesentliche Ähnlichkeiten mit den Räten der frühen russischen Revolution, mit zapatistischen Organisationskonzepten oder kommunalistischen Konzepten, wie sie teilweise in der syrischen und sudanesischen Revolution oder im demokratischen Konföderalismus praktiziert

10 Siehe u.a. auch das utopistische Grundlagenwerk bolo`bolo vom Autor P.M. 1983: <https://www.geocities.ws/situ1968/bolo/bolobolo.html> Anders dagegen argumentierten viele Strömungen der anarchosyndikalistischen CNT während der spanischen Revolution von 1936. Dort gab es einen hohen Enthusiasmus bezüglich der Industrialisierung und oft auch Zentralisierung von Branchen.

11 Ich benutze das Wort „Börsen“ hier für die regional größeren Ebenen nach historischem Vorbild und zu leichteren Abgrenzung gegen die Syndikatsförderationen.

werden.¹² Ebenso gibt es viele Ähnlichkeiten zu Konzepten der Stadtteilorganisation, wie sie bspw. im Buch „Revolutionäre Stadtteilarbeit“¹³ skizziert wird.

Die Aufgaben der Börsen in der historischen FAUD

Für das historische Konzept der Arbeiter:innenbörsen in der alten FAUD ist uns ein sehr eindrückliches Dokument erhalten geblieben, nämlich die Veröffentlichung „Das ist Syndikalismus: Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus“¹⁴ von 1923. Die FAUD, die sich zu diesem Zeitpunkt der Textentstehung v.a. als eine Aufbauorganisation für eine breite, revolutionäre Gewerkschaftsbewegung verstand, definierte die Hauptaufgaben der FAUD allgemein als „1. Die Gegenwartskämpfe, ganz gleich, ob diese rein wirtschaftliche oder auch politische sind, ganz gleich um welche Art der direkten Aktion es sich handelt; 2. Ziel und Plan für die zukünftige freie Gesellschaft auf kommunistisch-anarchistischer Grundlage.“ Die Hauptaufgabe der Arbeiter:innenbörsen definierte sie in dieser (gewichteten) Reihenfolge:

„1. Agitation und Propaganda der syndikalistischen Ideen unter der gesamten Arbeiterschaft des Börsenbezirks.

2. Bildung und Schulung der gewonnenen Mitglieder in der syndikalistischen Weltanschauung.

3. Organisation und Durchführung der Aktionen und Tageskämpfe aller in der Börse zusammengefassten Gewerkschaften. Auch Unterstützung aller Bestrebungen und Kämpfe des Volkes, die mit den Zielen des Syndikalismus, der Abschaffung der Wirtschaftsmonopole und der Gewaltherrschaft des Staates nicht in Widerspruch stehen.

4. Vorbereitung der notwendigen Maßnahmen, um die zukünftige sozialistische Wirtschaftsorganisation durchführen zu können.

5. Gewinnung der Frauen für die syndikalistische Weltanschauung.

6. Gewinnung der Jugend, um für einen gesunden Nachwuchs zu sorgen.“

¹² Was meiner Meinung nach auch verdeutlicht, dass die Konzepte so verrückt/ neu/ komplex nicht sind und dahingehend manchmal auch der Wind um den demokratischen Konföderalismus auch eher ein Marketing-Gag ist, als Ausdruck dessen, dass hier etwas gänzlich Neues und Unbekanntes entstanden wäre.

¹³ Vogliamo tutto – Revolutionäre Stadtteilarbeit, Zwischenbilanz einer strategischen Neuausrichtung linker Praxis, Unrast Verlag, Münster, 2022. Auch in diesen Konzepten sollen verschiedene Lebensaspekte verbunden, basisdemokratische Gegenmacht organisiert und die langfristig föderal verbunden werden.

¹⁴ Studienkommission der Berliner Arbeiterbörsen – Das ist Syndikalismus: Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus, Verlag Edition AV, Frankfurt am Main, 2005. ISBN 978-3936049381

Der Inhalt wie auch die Sprache mag heute viele befremden, wobei letzteres wohl auf eine Mehrzahl der Texte aus dieser Zeit – nicht zuletzt auch feministische – zutreffen dürfte. Es wird deutlich, dass die FAUD sich zum Zeitpunkt der Textentstehung v.a. als eine Initiativbewegung begriff, die die praktisch im Alltag wirkenden Strukturen erst noch aufbauen will und einen Fokus auf die Vergrößerung und inhaltliche Festigung der Mitgliederbasis legte. An diesem Schwerpunkt wurde aufgrund von Mitgliederschwund und einem Generationswechsel in den kommenden Jahren jedoch auch durchaus gerüttelt.

Das Verhältnis von Syndikaten und Börsen

Mit der Doppelstruktur von Börsen und Branchenorganisationen (und den Syndikaten für alle Berufe als ihren Keimformen) hatte sich die kleine FAUD organisatorisch einiges vorgenommen – rückblickend zu viel. Der Doppelaufbau wurde nicht durchgehalten und führte im Wesentlichen zu einer fragmentierten Organisationsweise. Das hatte natürlich negative Effekte verringerter Synergien (mangelndes Zusammenspiel, gegenseitige Beförderung). Auch wenn es keine klaren Gesamtzahlen gibt, geben Erhebungen aus dem Jahr 1922 eine Vorstellung von der organisatorischen Anbindung der zu Höchstzeiten ca. 120.000 FAUD-Mitglieder: Etwas über ein Viertel der Mitgliederbasis war um 1922 in Ortsvereinen für alle Berufe organisiert, etwas weniger als $\frac{3}{4}$ in Branchenorganisationen für Bau, Metall, Verkehr, Bergbau und Holz. Nicht einmal die Hälfte dieser gewerkschaftlichen Ortsvereine, die am ehesten mit den heutigen Syndikaten vergleichbar sind, war an Arbeiter:innenbörsen angegliedert.¹⁵ Später nahm der Anteil an Branchenorganisationen durch den Mitgliederschwund ab und der organisatorische Hauptschwerpunkt verschob sich mehr und mehr auf die Arbeiter:innenbörsen.

In der heutigen FAU gibt es praktisch gesehen nur die allgemeinen Syndikate. Also Gewerkschaftsstrukturen für alle Berufe. Das ist insofern bemerkenswert, da diese allgemeinen Syndikate auch nach den Statuten der FAU eigentlich eine Ausnahmeerscheinung sein sollten. Sie sind auch in der Organisationsdiskussion des historischen Syndikalismus eigentlich von Anfang an umstritten.¹⁶ In anderen, durchaus erfolgreicherem anarchosyndikalistischen

15 Hartmut Rübner – Freiheit und Brot: Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Libertad Verlag, Berlin/Köln, 1994, Seite 53ff.

16 U.a. kritisierte einer der ersten Theoretiker:innen des Syndikalismus, Émile Pouget solcherlei allgemeine Syndikate sehr sehr scharf und er bezeichnete sie passend als irreguläre Gewerkschafts-

Gewerkschaften, bspw. der CNT in Spanien, spielen die Branchenstrukturen eine wesentlich größere Rolle. In der polnischen OZZ IP, die in den letzten Jahren ein rasantes Wachstum vorweisen kann, ist es aufgrund der polnischen Gesetzeslage überhaupt nur in Ausnahmefällen möglich, ohne eine zuständige Branchen- oder Betriebsorganisation Mitglied zu werden. Branchensektionen gibt es in der heutigen FAU wenige, noch seltener gibt es gleichzeitig lokale Branchengruppen und bundesweite Strukturinitiativen. Ausnahmen bilden die Spracharbeiter:innen,¹⁷ das Sozialwesen und die „Grünen Gewerke“ (Landwirtschaft, Forst, Gartenbau, Umwelt).

Sind die Branchenorganisationen im Konzept und den Statuten der FAU immerhin noch angelegt, hat das Konzept der Arbeiter:innenbörsen in der Neugründung der FAU in den 70er Jahren und den verschiedenen Strukturformen der FAU bis heute nicht wirklich überdauert. Die entsprechende Leerstelle wurde in den Statuten der FAU lediglich mit dem lapidaren Absatz: „Die Bildung von weiteren der FAU angeschlossenen Sozialorganisationen, z. B. der Jugend, Studierenden, Frauen, Erwerbslosen und Rentner*innen, ist möglich. Die Stellung dieser Organisationen wird bei der Aufnahme durch den Kongress geklärt“ gefüllt. Wie diese Sozialorganisationen strukturell und demokratisch eingebunden sein sollen, welche Rechte und Pflichten sie genießen – davon existiert entsprechend kein Bild.

Gleichzeitig gibt es – theoretisch – das Konzept der Lokalföderationen. Diese sollen gebildet werden, wenn sich an einem Ort neben einem allgemeinen Syndikat auch ein Branchensyndikat gründet. Das Konzept der Lokalföderation sieht sich aber eben nur als eine Vereinigung von Branchen- und Allgemeinen Syndikaten, nicht mehr. Da die bürokratischen Vorgaben für neue

strukturen: “Was die irregulären Gewerkschaften betrifft, so organisieren sie Mitglieder nach ihrer Meinung und öffnen so den Gefahren der Vergangenheit Tür und Tor; wenn dies alle Arbeiter täten, hätten wir bald keine Gewerkschaften mehr, sondern nur noch politische Gruppen. Außerdem geht der Alltagskampf allzu oft an ihnen vorbei und, was noch schlimmer ist, sie können über die Frage der Enteignung nur sehr abstrakt theoretisieren, statt sie von der praktischen Seite aus zu erörtern.“ – Émile Pouget – Die Revolution ist Alltagssache, Schriften zu Theorie und Praxis des revolutionären Syndikalismus, Verlag Edition AV, Lich (Hessen), 2014, Seite 101. Diese Kritik verweist gleichsam auf mögliche Probleme der Arbeiter:innenbörsen, auf die ich später noch eingehen will.

17 Die wiederum nach Berufs- und nicht nach Branchenlogik organisieren und damit eigentlich organisatorisch komplett aus dem Rahmen fallen. Zum Verständnis: Eine Gewerkschaft kann entweder bestimmte Berufsgruppen, unabhängig vom Betrieb organisieren. Bspw. die Buchhalter:innen aller Branchen und Betriebe. Oder eben Branchengruppen, ausgehend vom Betrieb, also komplette Betriebsbelegschaften unabhängig vom Beruf. Auch über die Frage der Berufs- oder Branchen-/Industrieorganisationen gab es in der gesamten, globalen Gewerkschaftsbewegung heftige Auseinandersetzungen, die aber v.a. auch durch die Entqualifizierung der meisten Arbeitsvorgänge und aus gewerkschaftstaktischen Erwägungen im Regelfall zu Gunsten der Branchenorganisation beantwortet wurden. Spracharbeiter:innen hingegen arbeiten sehr oft als freiberufliche, sind also oft keinem Betrieb dauerhaft angegliedert, was die Wahl der Organisationsform erklärt.

Syndikate, ebenso wie für Lokalsyndikate, jedoch nicht unbeträchtlich sind, haben sich die wenigen, jemals bestehenden Lokalföderationen beizeiten wieder aufgelöst und im letzten Jahrzehnt wurde kein Gebrauch von dieser Möglichkeit gemacht, da sie keinerlei Mehrwert zu versprechen scheint.

Der organisatorische Ist-Zustand und seine Probleme

Formal betrachtet haben die Strukturen der heutigen FAU also sehr wenig mit denen des historischen Syndikalismus zu tun. Die FAU hat sich der einen Hälfte (Vorfeld- und Kulturorganisationen klammere ich an dieser Stelle aus) des historischen Organisationskonzeptes entledigt, nämlich dem kommunalen Teil, den Börsen. Die andere Hälfte, die Branchenorganisationen, hat sie bis jetzt nirgendwo realisiert. Sie hat also weder den Schwerpunkt der Hochphase der FAUD – die Branchengewerkschaften, noch den in der Zeit des Niedergangs – die Arbeiter:innenbörsen, sondern stützt sich ganz auf die „irregulären“, allgemeinen Syndikate. Auch die Schwerpunkte der Festigung einer syndikalistischen Weltanschauung und der Konzeption einer wirtschaftlichen Transformation sind weitgehend von der Tagesordnung verdrängt.

Die Entscheidungen für die heutigen Organisationsstrukturen waren selten das Ergebnis einer bewussten, strategischen Neuorientierung. Ihr Zustandekommen war eher der eigenen Marginalität (also der Unmöglichkeit wesentlich komplexere Strukturen auf diesem geringen Mitgliederniveau zu realisieren) und der geringen betrieblichen und damit Branchen-Verankerung der Basis geschuldet oder repressionsgetrieben (die letzten großen Strukturanpassungen fanden vor dem Hintergrund von Prozessen um den Gewerkschaftsstatus im Zuge eines Arbeitskampfes statt).

Gleichzeitig ergibt sich automatisch, dass in den allgemeinen Syndikaten oft rudimentär auch Aufgaben wahrgenommen werden, die entweder die Branchen- oder Börsenstrukturen leisten würden: Erwerbslosen- oder Mieter:innenorganisation, kleine Branchensektionen, allgemeine Bildungsveranstaltungen, kommunale Infrastruktur, Gesamtorganisation branchenübergreifender Kämpfe etc. pp..

Aus dieser diffusen Struktur, die die Ausnahme zur Regel gemacht hat, ergeben sich eine Reihe von Problemen, die die FAU und ihr Wachstum meiner Ansicht nach lähmen.¹⁸

¹⁸ Auch hier sei noch einmal auf die Artikelserie von Franz Heuholz in der Direkte Aktion verwiesen: <https://direkteaktion.org/author/franz-heuholz/>

Probleme mit allgemeinen Syndikaten als Grundstruktur

Allgemeine Syndikate haben oft sehr ähnliche Probleme: Eine Gewerkschaft für alle Berufe ist gemeinhin ungewohnt, Arbeiter:innen die in allgemeinen Syndikaten zusammen kommen, teilen oft sehr wenig Lebens- und Arbeitsrealitäten. Das befördert ein Selbstverständnis und eine Kultur einer „Feierabend-Organisation“ oder Politgruppe. Aber auch wenn Syndikate nicht in diese Falle tappen, haben sie es äußerst schwer, eine betrieblich-gewerkschaftliche Praxis zu entwickeln. Da prinzipiell alle Arbeiter:innen angesprochen werden, wird niemand so richtig angesprochen. Will die bundesweite FAU Branchenorganisationen ausbilden, ist sie im aktuellen System der allgemeinen Syndikate darauf angewiesen, dass sich an jedem Ort eines allgemeinen Syndikats Leute aus der Branche finden, die alle erforderlichen Schritte im lokalen Syndikat gehen, damit eine Organisierung von der allgemeinen Struktur genehmigt und unterstützt wird. Unter Umständen ist das extrem hochschwierig. Das allgemeine Syndikat kann sich dagegen aber auch – aus welchen Gründen auch immer¹⁹ – komplett sperren. Dann ist eine Branchenorganisation vor Ort quasi unmöglich. Ähnlich liegt der Fall, wenn eine Branchenorganisation schwerpunktmäßig Arbeiter:innen organisieren will, die in einem Landstrich ohne lokale Syndikatsstrukturen leben und arbeiten, dieser Landstrich aber einem bestimmten allgemeinen Syndikat als Organisationsgebiet angegliedert ist. Auch hier kann eine Verweigerungshaltung oder einfach ein Nicht-Agieren der allgemeinen Syndikate die Branchen-Organisation massiv behindern. Die allgemeinen Syndikate erhalten so eine Macht über die Arbeiter:innen bestimmter Branchen, die konzeptionell im Anarchosyndikalismus eigentlich mit nichts begründet oder gerechtfertigt wird, sondern lediglich nachlässigem Strukturaufbau geschuldet ist.

Der lokale Zuschnitt von Branchensyndikaten muss sich, nach unseren aktuellen Statuten, immer mit denen der allgemeinen Syndikate decken. Die allgemeinen Syndikate bestimmen damit die räumliche Gliederung der Gewerkschaftsstrukturen. Auch das schafft Probleme (und macht keinen Sinn). Um es plastisch zu machen: In drei von vier FAU-Regionen können – zumindest formal – immer noch drei Leute an einem Ort ein Syndikat gründen. In drei dicht beieinander liegenden Städten könnten nun also drei sehr kleine, allgemeine Syndikate mit insgesamt 9 Leuten entstehen. Würde nun eine Branchenorganisation in diesem Bereich aktiv werden, wäre durch die drei allgemeinen Syndikate laut unserer Satzung vorgegeben, das unabhängige

¹⁹ Das klingt konstruiert, ist aber faktisch sowohl aus inhaltlichen wie auch aus persönlichen Gründen heraus so oder ähnlich schon vorgekommen und wird es sicherlich auch weiterhin.

Branchenorganisationen nur durch die Gründung von ebenfalls jeweils drei Branchensyndikaten und der Bildung von drei Lokalföderationen an den entsprechenden Orten möglich wäre.²⁰ Auf einen Schlag würden damit mindestens 18 (!!!) Posten notwendig (3×3 Sekretariatsposten in den Syndikaten und 3×3 Koordinationsposten in den Lokalföderationen). Es sollte deutlich werden, dass wir hier Gefangene unserer eigenen, nicht ganz durchdachten Struktur werden. Die Alternative wäre selbstverständlich, keine Branchensyndikate zu bilden. Dies wiederum würde aber bedeuten, dass die Branchenorganisation – die ja eigentlich Kern einer jeden gewerkschaftlichen Organisation sein sollte – sich auf unabsehbare Zeit den Entscheidungen der drei allgemeinen Syndikate zu unterwerfen hat. Auch hier ist der Kommunikations- und Entscheidungsaufwand unglaublich aufgebläht. Ebenfalls hat es wenig mit Selbstorganisation zu tun, wenn die ganze Zeit branchenfremde Arbeiter:innen (die sich potentiell mit ihren eigenen Betriebs- und Branchenbedingungen nicht einmal befassen) bei den branchengewerkschaftlichen Belangen mit hinein funken können. Aus der großen Unabhängigkeit der allgemeinen Syndikate ergeben sich aber schnell weitere Probleme: So bekommen Mitglieder in der Stadt A ggf. Unterstützung bei Auseinandersetzungen mit dem Jobcenter oder der Teilnahme an Warnstreiks, in Stadt B nicht. In Stadt B bekommen die Mitglieder vielleicht sofort Zugang zur Gewerkschafts-IT, während sie in Stadt C ein halbes Jahr Probemitglied bleiben müssen.²¹ Mit all diesen lokalen Regelungen darf sich eine Branchenorganisation in diesen drei Städten dann herum schlagen und muss diese dann auch noch an Interessierte und Neumitglieder vermitteln – die gute Gründe haben, einen für völlig bekloppt zu erklären. Auf Bundesebene haben wir aktuell fast 35 Syndikate, es dürfte deutlich werden, welche Sisyphe-Aufgabe der Aufbau von Branchenstrukturen in der aktuellen Situation ist.

Ein weiteres Problem des aktuellen Systems ist der relative Zentralismus der allgemeinen Syndikate: Wie gesagt, die Gründung von Branchensyndikaten ist hochschwellig und meist eher unpraktikabel, die allgemeinen Syndikate sind somit die einzige Struktur auf rein lokaler Grundlage. Die allgemeinen Syndikate neigen meist dazu, ihren Unterstrukturen wiederum wenig Unabhängigkeit zuzugestehen, eher kommt es zu Überregulierung, Mikroma-

20 Andernfalls hätten die drei Vollversammlungen der drei allgemeinen Syndikate die Entscheidungshoheit über alle Angelegenheiten. Und selbst wenn die Branchenorganisation erfolgreich ist und schnell mehr als die ersten 9 Mitglieder der drei allgemeinen Syndikate vorweisen kann, müssten weiterhin für alle wichtigen Entscheidungen trotzdem drei Vollversammlungen besucht werden.

21 Klingt auch wieder konstruiert, aber zum völligen Unverständnis des Autors gibt es auch solche Regelungen tatsächlich in manchen Syndikaten.

nagement und eine Art Kontrollsucht von Kernaktiven. Da die Syndikate aber eben eher Gesinnungsvereine sind und keine bunte Mischung links-stehender Arbeiter:innen die sich auf betrieblicher Grundlage zusammen finden, neigen die Syndikate auch zur inhaltlichen Homogenität. Da die Mitglieder der FAU gegenüber dem alten Konzept der FAUD aber eben nur an eine Struktur (nämlich die lokale Struktur der allgemeinen Syndikate) statt auch an eine zweite (die überregionaler Branchenorganisationen) angebunden sind, begünstigt dies Lagerbildung und verhärtende Konflikte auf Basis von Ortsvereinen. Außerdem wird der Austausch über lokale Organisationsstrukturen hinweg damit deutlich erschwert und muss aufwändig, künstlich hergestellt werden – was in der Praxis auch eher mäßig funktioniert und viele Ressourcen kostet.

Die Struktur der allgemeinen Syndikate ist damit aus meiner Sicht ein bürokratisch aufgeblähtes Monstrum, welches gewerkschaftlich wenig Attraktivität schafft, Wissenstransfer und Branchenorganisation behindert, Polit-Gruppen-Mentalität, Konflikte und Lagerbildung dagegen begünstigt.

Eine Alternative: Lokalbörsen und Branchensyndikate zur Regel machen

Ich plädiere aus diesem Grund dafür, sich vom alten Konzept der FAUD inspirieren zu lassen und die Grundstruktur der FAU perspektivisch noch einmal komplett umzuwerfen. Statt der allgemeinen Syndikate, als betriebliche Strukturen für alles und nichts, sollten Lokalbörsen und Branchensyndikate das Rückgrat der FAU werden. Das klingt vielleicht erst einmal nach Wortklauberei, würde aber an ein paar Punkten die komplette Dynamik unserer Organisationsprozesse deutlich verändern.

Was hieße das konkret? Dort, wo wir heute allgemeine Syndikate haben, würden sich Lokalbörsen bilden. Dort wäre weiterhin der Ort, wo die FAU-Mitgliedschaft und damit das Stimmrecht verifiziert wird, Mitgliedsbeiträge erhoben und weitergeleitet werden. Zu den potentiellen Aufgaben der Lokalbörsen im Detail, siehe weiter unten. Die Lokalbörsen wären jedoch, anders als die allgemeinen Syndikate, von vornherein als eine eher föderale Struktur gedacht: Alle lokal existierenden Vertretungen von Branchenstrukturen oder Sozialorganisationen sollten in ihnen einen Platz haben.

Die eigentliche betriebliche Arbeit sollte weiterhin von Syndikaten geleistet werden. Um nun aber von den allgemeinen Syndikaten weg zu kommen, wäre es sinnvoll – hier bin ich von alten Konzepten der IWW inspiriert²² – als erstes (und nicht wie bisher als letztes) bundesweite Branchenstrukturen

zu schaffen. Diese könnten ganz ähnlich zu den heutigen Syndikaten aufgebaut sein, nur eben zunächst ein bundesweites Gebiet abdecken und sich dann Stück für Stück und wie es sinnvoll erscheint, zu regionalen Branchensyndikaten ausgründen.²³

Die FAU würde sich diesem Konzept nach also in einem Prozess zusammenraufen müssen und sich strategisch auf sinnvolle Branchenzuschnitte einigen.²⁴ Im nächsten Schritt würde für jede der entsprechenden Branchen zunächst versucht, Verantwortliche für die Bildung eines bundesweiten Branchensyndikats zu finden, hierfür müsste die Föderation entsprechende Mindestanforderungen festlegen. Auf diese Weise würden mutmaßlich einige Branchensyndikate in den stärksten Branchen entstehen, also z.B. Syndikate für Bildung und Wissenschaft, Sozialwesen, IT, Handwerk, Grüne Gewerke. Für alle Mitglieder ohne Branchensyndikat, die aber prinzipiell erwerbsfähig sind, würde sich ein bundesweites, allgemeines Syndikat bilden. Alle erwerbsfähigen Mitglieder der FAU wären in der Folge automatisch Mitglieder dieser Syndikate – und eben ihrer jeweiligen Lokalbörse.

Das Recht auf Aufnahme von Mitgliedern sollte entsprechend bei den Syndikaten UND den Arbeiter:innenbörsen liegen, wobei es Sinn machen würde, dass die Beiträge weiterhin auf lokaler Basis erhoben und kontrolliert werden, da sonst Unklarheiten über die genauen Mitgliederzahlen und Stimmberechtigungen auf Ebene der Gesamtföderation entstehen könnten.

Die Arbeiter:innenbörsen würden also Neumitgliedschaften aus den Syndikaten und Branchenföderationen lediglich zur Kenntnis nehmen und verwalten, über Mitgliedschaften ohne Syndikat und Sozialorganisation allerdings weiterhin selbstständig entscheiden. Die Entscheidungsfindung der Arbeiter:innenbörsen müsste jedoch, anders als bei den heutigen allgemeinen Syndikaten, föderal gedacht werden, mehr dazu unten.

Die Folgen dieser Reformen wären, dass Branchensyndikate viel organischer und mit weniger Aufwand zu Branchenföderationen werden könnten, in dem sich starke regionale Zusammenhänge ausgründen könnten, ohne dabei an

22 Siehe die ausführliche Darstellung der Branchen-Organisation der IWW USA/Kanada in ihren Hochzeiten: Richard Stoenescu – Syndikalismus in Deutschland und den USA, 1897-1937, Metropol-Verlag, Berlin, 2021. 978-3-86331-611-2

23 Dies ist übrigens kein so ungängiges Konzept, sondern wird von vielen allgemeinen Syndikaten auf regionaler Ebene genau so verfolgt, wenn es um die Ausgründung neuer, allgemeiner Syndikate in weiteren Ortschaften geht.

24 Inspirationen könnten dabei andere Gewerkschaftsverbände oder Branchenindexe wie der internationale Standard NACE bieten. Ähnlich hielt es übrigens die alte FAUD, die auf ihren ersten Kongressen bereits die angestrebten Industrieföderationen festlegte.

den Zuschnitt der Lokalbörsen künstlich gebunden zu sein. Gleichzeitig wäre es damit möglich, dass die erwartbaren, betrieblichen Unterstützungen für alle Mitglieder einer Branche bundesweit einheitlich sind – was Mitgliedern wesentlich mehr Sicherheit schaffen würde und auch einfach viel seriöser wirkt. Durch die branchenbezogene Syndikatsarbeit könnte effektiver, ansprechender und zielgerichteter betrieblicher Aufbau betrieben werden als heute. Auch die Begleitung von Arbeitskonflikten oder Branchenprotesten wäre wesentlich vereinfacht. Die lokalen Organisationen dagegen wären immer von einer föderalen Vielstimmigkeit geprägt und stünden weniger als die heutigen, allgemeinen Syndikate in der Gefahr, Dynamiken in sich geschlossener, homogener Politgruppen auszubilden. Da alle aktiven Mitglieder prinzipiell sowohl im Branchen- als auch im Börsenkontext aktiv sein können, sinkt die Gefahr von Lagerbildung und unkonstruktiven Konfliktodynamiken auf überregionaler Ebene, potentielle Kerngruppen würden an Macht verlieren. Solche Konzepte von Machtteilung und institutionalisierter Dezentralisierung waren nicht zufällig Teil der Grundkonzeption des historischen Syndikalismus, wir finden sie auch in den meisten egalitären Gesellschaften.²⁵

Natürlich wäre diese Umstellung ein enormer Kraftakt und müsste gut durchdacht werden. Je länger wir jedoch warten, desto größer wird die Aufgabe und ich hoffe doch, dass mir die allermeisten Mitglieder zustimmen würden, dass unser heutiges Organisationskonzept noch nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Gegenüber der alten FAUD, die ja, wie oben erwähnt, ihre Doppelstruktur nicht realisieren konnte, wäre das hier vorgeschlagene Modell wesentlich verschlankt. Es ist außerdem zu beachten, das überregionale Organisation im Internetzeitalter wesentlich niedrigschwelliger ist, als zu Zeiten der FAUD und das – wie dargestellt – unsere bisherige Organisationsweise derart ineffektiv ist, dass die Reform in der heutigen FAU eher Kräfte freisetzen als binden dürfte.

Funktionsweise und Aufgaben der neuen Lokalbörsen

Wie bereits dargelegt, haben die angestrebten Branchenstrukturen recht klare Tages- und Zukunftsaufgaben: Sie sollen konkrete Verbesserungen in den ent-

²⁵ Dazu gibt es eine ganze Menge anthropologischer Literatur. Dick aber auch für Laien gut verständlich ist bspw. David Graeber, David Wengrow – Anfänge, Eine neue Geschichte der Menschheit, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart, 2022. Wesentlich schwerer/soziologischer geschrieben, aber auch beachtenswert sind: Hermann Amborn – Das Recht als Hort der Anarchie, Gesellschaften ohne Herrschaft und Staat, Verlag Matthes & Seitz, Berlin, 2016. & Rüdiger Haude, Thomas Wagner – Herrschaftsfreie Institutionen, Texte zur Stabilisierung staatsloser, egalitärer Gesellschaften, Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg, 2019.

sprechenden Betrieben durchsetzen, sie sollen die konkrete, auch politische Durchsetzungsmacht durch Streik in ihren Bereichen herstellen und sichern und sie sollen Konzepte für eine Umgestaltung ihrer Wirtschaftsbereiche entwickeln und wo immer möglich, bereits mit der Umsetzung beginnen.

Die Arbeit der Börsen fokussiert letztlich auf alles weitere, was zu einer bedarfsorientierten, basisdemokratischen Wirtschaftsweise dazugehört, wobei es absehbar und logisch wäre, dass an die Seite der Branchenorganisationen mit der Zeit auch die in unseren Statuten lose skizzierten, bundesweiten Sozialorganisationen hinzu kommen. Diese können sich aber – wesentlich besser als die Branchenorganisationen – zunächst auf rein lokaler Ebene entwickeln.²⁶

Finanzielle und demokratische Verhältnisse

Ich habe mich oben bereits dafür ausgesprochen, dass die Kassierung weiterhin den lokalen Stellen obliegen sollte, da einerseits eine einheitliche Stelle benötigt wird, wird das Stimmrecht in der FAU weiterhin an den Beiträgen festgemacht. Gleichzeitig müsste es einheitliche Regelungen geben, wie die Beitragshöhe geregelt wird und wie viel der Beiträge an die Syndikate (logischerweise der Hauptteil) und ggf. auch an die Sozialorganisationen zu fließen hat, wie viel bei den Lokalbörsen verbleibt und wieviel für die föderalen Ebenen weiterzuleiten ist. Sollte das hier skizzierte System umgesetzt werden, wäre es sicherlich einer der Schlüsselpunkte, hier gute, praktikable Lösungen zu finden, die die Kassenmandate der Arbeiter:innenbörsen nicht völlig überfordern oder zu Streit führen.

Ein weiterer Knackpunkt ist die Frage, wie die Entscheidungsfindung in den Lokalbörsen funktionieren soll. In den allgemeinen Syndikaten ist es üblich, dass Einzelmitglieder auf den zentralen Versammlungen wie Klausuren oder Vollversammlungen abstimmen. In dem neuen Konzept wäre es aber durchaus überlegenswert, auch den kollektiven Körperschaften anteilige Stimmrechte zu geben – um der kollektiven und rollenbezogenen Entscheidungsfindung mehr Gewicht einzuräumen.

²⁶ Startpunkte dafür könnten bspw. Verteilstellen von solidarischen Landwirtschaften und Konsument:innenorganisation sein, die ihre Aufgaben dann Stück für Stück erweitern. Auch die in der FAU Dresden oft stadtteilbezogenen Basisgruppen zur gegenseitigen Alltagshilfe könnten ein Startpunkt sein.

Klärung des allgemeinen Zusammenlebens

Die Börsen sind der Ort für die allgemeinen Übereinkünfte der anarchosyndikalistischen Arbeiter:innenbewegung an einem Ort. Hier wird die kommunale Entscheidungsfindung, der Umgang mit Konflikten und außerbetrieblichen Notlagen, das Verhältnis der Arbeiter:innen in ihren unterschiedlichen Rollen²⁷, der Minderheitenschutz und die allgemeinen Regeln für die Verwaltung gemeinsamer Ressourcen verhandelt. Letztlich also Punkte, die im bürgerlichen Staat als Legislative angesehen werden. Entsprechend bleibt die Börse, wie heute die allgemeinen Syndikate, auch der Ort an dem die Abstimmungen für ähnliche Entscheidungen auf überregionaler Ebene stattfinden.

Bereitstellung gemeinsamer Infrastruktur

Verschiedenste Strukturen sind (auf absehbare Zeit) klar eine Sache der lokalen Gesamtheit der anarchosyndikalistischen Arbeiter:innen und nicht der Branchenföderation. Beispiele dafür sind Büros und Immobilien, Fuhrparks, allgemeine Weiterbildungen, etc..

Perspektivisch fällt auch der allgemeine Schutz der lokalen, anarchosyndikalistischen Arbeiter:innenschaft darunter. Dieser Schutz kann ganz verschiedene Aspekte haben. Da wäre einerseits die Inklusion, also der Zugang bspw. von Menschen mit Beeinträchtigungen, Menschen ohne deutsche Sprachkenntnis, von stark diskriminierten oder traumatisierten Mitgliedsgruppen. Da wäre andererseits der Schutz vor Repression und Übergriffen, wie er gerade im Osten immer wieder akut notwendig wird. Zum Schutz vor Repression gehört dabei auch der Schutz vor Infiltration und forcierter Störung und Zersetzung durch eskalative und unkonstruktive Konfliktführung, d.h. die Fähigkeit lokaler Strukturen, solche Gefahren zu erkennen und darauf ggf. auch mit Ausschlüssen zu reagieren. Darunter fällt leider auch der Schutz vor sexueller und insbesondere partnerschaftlicher und familiärer Gewalt und die Hilfestellung für Traumatisierte.

Im weiteren Verlauf wird sicherlich auch die Schaffung von Kollektivbetrieben zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und Autonomie (in enger

²⁷ Denn auch in der Arbeiter:innenbewegung ergeben sich natürlich Interessenschwerpunkte und Gegensätze, bspw. zwischen Konsument:innen/Produzent:innen, Eltern/Kindern, Patient:innen/Gesundheitspersonal, Privilegierten/minder Privilegierten, Schüler:innen und Lehrer:innen usw. usf.

Verbindung mit den entsprechenden Branchenstrukturen), die Schaffung von kollektivem Wohnraum und allgemeine Strukturen der Notfallversorgung und Erhöhung der Resilienz für Krisen und Großstreiks dazu kommen.

Kommunale Basisorganisation und Sozialorganisationen

Allgemein fällt der gesamte wirtschaftliche und soziale Schutz der Mitglieder, der sich nicht auf den Arbeitsplatz fokussiert, darunter. D.h. beispielsweise die Herausbildung von Organisationen für Erwerbslose, Mieter:innen, Rentner:innen, Schüler:innen, etc.. Am Anfang werden eigene Organisationen dabei meist zu hoch gegriffen sein. Wichtig ist es v.a. zu analysieren, welche bestehenden Hilfsstrukturen in den Städten schon vorhanden sind und mit diesen einen guten Workflow zu entwickeln. Aufbau-Prioritäten werden dann jene Strukturen haben, für die es nur unzureichende, externe Stellen gibt.

Zu beachten ist, das es mit einer gewissen lokalen Basis oft auch leicht möglich ist, in demokratisch organisierten, schon bestehenden Organisationen wie Mietvereinen, Konsum- und Wohngenossenschaften, Erwerbslosenorganisationen oder Sport- und Kulturvereinen Mehrheiten zu erlangen und diese bspw. weiter zu demokratisieren oder sozialer zu gestalten. Diese Möglichkeit wurde in der Weimarer Republik von der FAUD recht ausgiebig genutzt, von der FAU bisher jedoch sehr wenig beachtet.²⁸

In den meisten Fällen wird es sicherlich erst einmal zweckdienlich sein, Sondervollversammlungen sozialer Gruppen in die Struktur der Börsen zu integrieren. Wichtig ist in jedem Fall, dass sich Sozial-Vollversammlungen und -organisation demokratisch immer vor ALLEN betroffenen Mitgliedern legitimieren lassen bzw. nicht betroffene Mitglieder kein Stimmrecht haben und solche Strukturen eben eher wie eine Vollversammlung oder Branchenstruktur funktionieren und nicht wie eine thematische AG, da hier schnell Spaltungen und die Politgruppen-Dynamiken Einzug halten können, wo es doch um die demokratische Willensbildung einer Gesamtheit von Betroffenen gehen soll. Mit Blick auf die bestehenden FAU-Strukturen wäre also meiner Meinung nach ein Frauen-²⁹ und ein TIN-Kongress³⁰ oder entspre-

28 Ein erfolgreiches und sehr unaufwändiges Beispiel stellt die Durchsetzung von vergünstigten Beiträgen für Arme durch die „Schwarz-Roten Bergsteiger:innen“ im größten Sportverband Sachsens dar: <https://srb.fau.org/2022/05/29/den-sbb-ein-stueck-sozialer-machen/>

29 Es gibt gute Argumente, dafür und dagegen, hier v.a. cis-Frauen oder eben alle Frauen zu meinen. Am Ende hätten beide Formate mutmaßlich ihre Berechtigung.

30 TIN ist eine geläufige Abkürzung für trans, intergeschlechtlich und nichtbinär.

chende Sozialorganisationen den eher thematisch/ideologisch ausgerichteten fem*FAU-Strukturen vorzuziehen, da diese dann mehr inhaltliche Heterogenität aushalten und konstruktiv verhandeln müssten.

Ein weiterer Punkt wäre natürlich die bessere Verankerung der FAU in Stadtteilen, neuen Ortschaften, Dörfern etc. – also der strukturierte, lokale Aufbau. Wobei die Stadtteilträte und Stadtteilgewerkschaften wie sie mittlerweile an vielen Orten diskutiert und versucht werden, meiner Meinung nach eher ein später Schritt sein sollten, da sie sowohl für eine gewisse soziale Mächtigkeit, als auch für eine politische Legitimation auf einer bereits sehr breiten Mitgliederbasis vor Ort aufbauen sollten.³¹

Fazit: Branchen und Börsen – kommunale und betriebliche Gegenmacht

Die Hauptgegenmacht der Arbeiter:innenklasse liegt immer noch in der Möglichkeit, die Profitwirtschaft ins Stocken zu bringen, auch wenn diese Macht mit jeder Rationalisierungswelle schwindet. Der zweite Hauptpfeiler der Gegenmacht ist die Fähigkeit, die Produktion zu übernehmen und nach den Bedürfnissen der Gesellschaft zu transformieren. Diese Gegenmacht organisiert sich jedoch nur mäßig in Einzelfallberatungen oder im Bereich der ultra-prekären Bullshit-Jobs. Aus diesem Grund ist es elementar, die Weichen hin zu mehr Branchenorganisation und damit langfristiger, bundesweiter Verankerung in den verschiedenen Produktionsbereichen zu leisten.

Gleichzeitig ist es längst nicht so, dass die hier vorgestellte, kommunale Seite der Börsen kein Träger von Gegenmacht ist, eher ist sie ein Garant und eine Bedingung dieser Gegenmacht. Die Lokalbörsen entwickeln ihre eigenen Machtspektren, in dem sie der alltäglichen Ohnmacht abseits der Betriebe entgegen treten, in dem sie Strukturen schaffen, die der Erwerbslosigkeit, Mietkonflikten oder dem Aufenthaltsrecht wenigstens teilweise den Schrecken nehmen. Oder indem sie Konfliktkultur und -strukturen entwickeln, die uns Kraft sparen und die Möglichkeiten staatlicher oder privater Sabotage verringern.

31 Manche werden hier vielleicht feststellen, dass dies meinem Text „Organisierte Nachbarschaften“ in der „Direkten Aktion“ von 2018 ein Stück weit entgegen steht: <https://direkteaktion.org/perspektiven-gewinnen-organisierte-nachbarschaften-und-foederationen-hand-in-hand/> Hier hatte einerseits Holger Marcks in seinem Text „Skizze eines konstruktiven Sozialismus, Teil 3“, meiner Meinung nach zu recht, auf mögliche Legitimitätskonflikte hingewiesen: <https://direkteaktion.org/skizze-eines-konstruktiven-sozialismus-teil-3/> Außerdem plädierte ich in meinem eigenen Syndikat selbst auf die Zurückstellung dieser Konzepte zu Gunsten von priorisiertem Strukturaufbau in den Branchen und der allgemeinen Verbreiterung der Mitgliederbasis.

Die Aufgaben der Arbeiterbörsen*

In der *Prinzipienerklärung des Syndikalismus*, die auf dem 12. Kongreß angenommen und damit zur Grundlage für die praktische Tätigkeit unserer Bewegung geworden ist, heißt es über die Aufgabe der Arbeiterbörsen wie folgt:

... „Die Gewerkschaften der verschiedenen Berufe vereinigen sich an *jedem Orte* in der *Arbeiterbörse*, dem Mittelpunkt der lokalen gewerkschaftlichen Tätigkeit und der revolutionären Propaganda. *Sämtliche Arbeiterbörsen des Landes* vereinigen sich in der *Allgemeinen Föderation der Arbeiterbörsen*, um ihre Kräfte in allgemeinen Unternehmungen zusammenfassen zu können.

Außerdem ist jede Gewerkschaft noch föderativ verbunden mit sämtlichen Gewerkschaften desselben Berufs im ganzen Lande und diese wieder mit den verwandten Berufen, die sich zu großen allgemeinen *Industrieverbänden* zusammenschließen. Auf diese Weise bilden die *Föderation der Arbeiterbörsen* und die *Föderation der Industrieverbände* die beiden Pole, um die sich das ganze gewerkschaftliche Leben dreht.

Würden nun bei einer siegreichen Revolution die Arbeiter vor das Problem des sozialistischen Aufbaus gestellt, so würde sich *jede Arbeiterbörse in eine Art lokales statistisches Büro* verwandeln und sämtliche Häuser, Lebensmittel, Kleider usw. unter ihre Verwaltung nehmen. Die *Arbeiterbörse* hätte die Aufgabe, den *Konsum* zu organisieren und durch die *Allgemeine Föderation der Arbeiterbörsen* wäre man dann leicht imstande, den *Gesamtverbrauch des Landes* berechnen und auf die einfachste Art organisieren zu können. Die *Industrieverbände* ihrerseits hätten die Aufgabe, durch ihre lokalen Organe und mit Hilfe der Betriebsräte sämtliche vorhandenen *Produktionsmittel, Rohstoffe* usw., unter ihre *Verwaltung* zu nehmen und die einzelnen Produktionsgruppen und Betriebe mit allem Notwendigen zu versorgen. Mit einem Wort: *Organisation der Betriebe und Werkstätten durch die Betriebsräte; Organisation der allgemeinen Produktion durch die industriellen und landwirtschaftlichen Verbände; Organisation des Konsums durch die Arbeiterbörsen*“ ...

* Der Text erschien zuerst in *Der Syndikalist* Nr. 8, 1920

Hier ist in kurzen Worten die gewaltige Aufgabe der örtlichen Arbeiterbörsen umschrieben: Dennoch wird es angebracht sein, einige erläuternde Worte zu den *augenblicklichen Aufgaben* beim Aufbau derselben zu sagen:

Die Arbeiterbörsen werden nur dann ihre gewaltigen Aufgaben lösen können, wenn es die Vereinsvorstände und die Leitung der zur Arbeiterbörse zusammengefaßten Gewerkschaften an jedem Orte verstehen, aus dem letzten Mitglied ein *tätiges* Glied des Organisationskörpers zu machen. Organisieren heißt nicht, große Haufen von Menschen zusammenballen, sondern Menschen gliedern, jedem eine ihm zusagende und seinen Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit zuzuweisen. Jeder Mann, jede Frau, jeder Jugendliche kann Agitator sein für unsere Ideen. Der eine wird sich zum *Vorsitzenden* besonders eignen, weil er langjährige gewerkschaftliche Kenntnisse mitbringt, weil er ein guter Versammlungsleiter ist und zur rechten Zeit das rechte Wort zu finden weiß, weil er ein scharfer Denker und guter Organisator ist, für jede Aktion die rechte Vorarbeit zu leiten imstande ist. Ein anderer wird besonders geschickt mit der Feder umzugehen verstehen, kann gute Protokolle, Berichte, Briefe schreiben. Er bringt die notwendigen Voraussetzungen zum *Schriftführer* mit. Wieder ein anderer eignet sich besonders zum *Kassierer*, wenn er ein ordnungsliebender, ehrlicher Mensch ist, der rechnen kann und Mein und Dein, persönliches und das Eigentum der Gewerkschaft gewissenhaft auseinander halten kann.

Von der rechten Wahl des Kassierers wird vielfach abhängen, ob eine Organisation aufwärts sich entwickelt oder von der Bildfläche verschwindet. Die *Revisoren* werden gute Rechner und Menschen mit praktischen Erfahrungen sein müssen, die den Kassierer dauernd darauf zu prüfen haben, ob er treu und ehrlich seine Aufgaben löst und ihnen gewachsen ist. Sie haben eventuell Reformvorschläge im Kassenwesen zu machen und sofort einzugreifen, wenn sich Unordnung in den Büchern und Belegen des Kassierers zeigt. Ungetreue oder unfähige Kassierer müssen sofort durch geeignete Kräfte ersetzt werden. Gut wird es auf alle Fälle sein, nicht gerade den wirtschaftlich am schlechtest gestellten Genossen mit den Kassengeschäften zu betrauen.

Aber wer nicht im *Vorstand* einer Berufsgruppe oder in der Arbeiterbörse tätig ist, darf deshalb nicht glauben, dass er nicht Anteil nehmen braucht an den Aufgaben der Organisation. Wenn wir Arbeiter keine Unterdrückung haben wollen und keine Ausbeutung, keine Regierung und keine Diktatur von oben, dann müssen wir eben niemanden mit den Machtmitteln ausstatten, die zum Mißbrauch führen. Das letzte Mitglied muß tätig sein, muß sich Fähigkeiten anzueignen suchen, die die es befähigt, sofort irgend ein Vorstandsamt zu übernehmen. Das kann ein Mitglied aber nur, wenn es jede Art Kleinarbeit

selbst mitgemacht hat, wenn es die Kompliziertheit des ganzen Organisationsrahmens selbst kennt. Bibliothekar, Broschürenverkäufer, Unterkassierer, Bezirkskassierer, Bezirksleiter, Versammlungsordner, Handzettel- und Flugblattverteiler, Zeitungsverbreiter, Jugendleiter, Organisatoren der Frauenbewegung, all diese Ämter setzen gewisse praktische Erfahrungen und Lust und Liebe zur Sache voraus. Wer aber den Willen hat, mitzuhelfen am Aufbau einer Arbeiterorganisation, der wird gar bald auch Freude an der Arbeit finden, er wird täglich mit seinen sich gesteckten Zielen wachsen.

An rednerisch befähigten Kräften fehlt es der Arbeiterschaft immer noch. Das ist an sich kein Wunder. Die Volksschule hat das Denken und die Rednergabe der Schüler nicht entwickelt und die Last des Lebens läßt nur Wenigen die Zeit, sich in die Bücherwelt zu vertiefen, um daraus zu schöpfen. Dennoch steht fest, dass Reden nur durch den Versuch, reden zu wollen, gelernt werden kann. Man muß den Mut haben, auch einmal sich zu „blamieren“. Zunächst gilt auch hier: Nur wenige Sätze sprechen und darin seine Gedanken konzentrieren, Erfahrungen des Lebens aussprechen. Jede Organisation muß bestrebt sein, volkstümliche Redner heranzubilden.

Hier ist schon gesagt, wie vielfältig die Aufgaben der Organisation sind und wie viele Kräfte am Werke sein müssen, um all diese Aufgaben zu lösen. Je größer die Organisation, um so leichter wird es natürlich sein, sofort geeignete Personen für jede Tätigkeit zu finden. Schon deshalb ist es von praktischer Bedeutung, wenn sich die verschiedenen Berufsorganisationen eines Ortes zu einem Kartell, in der Arbeiterbörse vereinigen. Bessere Ausnutzung der agitatorischen Kräfte, leichtere Verständigung zur Durchführung gemeinsamer Aktionen, Förderung des solidarischen Klassengefühls und damit Zurückdrängung des Berufsdünkels, leichtere Schaffung von Bildungsmöglichkeiten, gemeinsame Vorträge und Diskussionen, gemeinsame Bibliotheken, gemeinsame Verkehrslokale, gemeinsame Festlichkeiten, gemeinsame Arbeitsnachweise, das sind die ersten greifbaren Vorteile, die aus der Zusammenfassung der verschiedenen Organisationen eines Ortes oder Bezirks zu Arbeiterbörsen erwachsen.

Die syndikalistischen Organisationen haben sich bekanntlich zwei große Aufgaben gestellt:

1. Die Arbeiter in Berufs- und Industrieorganisationen zusammenzufassen, um täglich den Kampf zu führen für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, für bessere hygienische Einrichtungen der Betriebe, für die moralische Durchbildung der Mitglieder, bei der Herstellung von Waren einzuwirken auf die Qualität und nach den Bedürfnissen des arbeitenden Volkes.

2. Die Mitglieder zu schulen für die sozialistische Gesellschaftsordnung, sie zu erziehen dahin, daß sie fähig werden, die Träger und Verwalter der sozialistischen Produktion zu werden.

All unsere Arbeit muß diesen beiden Aufgaben zustreben, auch der Aufbau der Arbeiterbörsen muß diesen Zwecken dienen. Die Arbeiterbörsen sollen der Mittelpunkt des Gewerkschaftslebens der verschiedenen Orte werden. Sie sollen die Zellen der zukünftigen Gesellschaft werden. Im Schoße der kapitalistischen „Ordnung“ bereits müssen sich die neuen Formen sozialistischen Zusammenlebens entwickeln. Das ist Sinn und Zweck der Arbeiterbörsen. Und daran können unsere Genossen ermessen, welche gewaltigen Aufgaben noch zu lösen sind. Wir sind erst in den ersten Anfängen. Noch stehen die großen Massen uns feindlich gegenüber. Noch ist das Proletariat in viele Parteien gespalten und die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen von den Gelben bis zu den Zentralverbänden arbeiten in ihren Arbeitsgemeinschaften an der Wiederherstellung des kapitalistischen Ausbeutungssystems. Dennoch dürfen wir uns nicht beirren lassen. Die Masse wird für unsere Bewegung gewonnen, wenn wir zeigen, daß wir willens sind, ein neue Leben zu beginnen, wenn wir samt und sonders ein leuchtendes Beispiel sozialistischen Zusammenlebens und brüderlicher Geselligkeit geben. Jede neue große Bewegung entstand nur dadurch, daß die Anhänger der neuen Lehre sich in engen Zirkeln persönlich kennen lernten und ihre gemeinsamen menschlichen Interessen besprachen und ausglich, und die geistigen Bedürfnisse gemeinsam regelten, wenn die Anhänger der gemeinsamen Idee sich in größeren Familien oder Gruppen zusammenfanden. Nur so hat unsere syndikalistische Bewegung Aussicht, zur neugestaltenden Massenbewegung zu werden. Und deshalb sei hier kurz zusammengefaßt, was die örtlichen Arbeiterbörsen an nächstliegenden Aufgaben zu erfüllen haben:

1. Wahl eines Ausschusses oder Vorstandes für jede Arbeiterbörse.
2. Einteilung des Ortes in möglichst eng begrenzte Bezirke. Wahl von Bezirksleitern und Bezirks-Agitationskommissionen.
3. Sämtliche örtliche Berufsorganisationen liefern dem Vorsitzenden der Arbeiterbörse die Mitgliederlisten ihres Vereins aus. Der Vorsitzende wieder gibt den Bezirksleitern die Liste der in seinem Bezirk wohnenden Mitglieder.
4. Nun kann durch die Bezirks-Agitationskommission jedes Ortes jedes einzelne Mitglied erfaßt und in die Bezirksversammlungen eingeladen werden. Auf solche Art wird sich auch eine Hausagitation, Zeitungsverbreitung usw. leicht durchführen lassen.

5. Regelmäßige Veranstaltungen von Bezirkszahlabenden, Bezirksversammlungen, die entweder durch Vorträge oder Vorlesungen mit anschließender Diskussion ausgefüllt werden.

6. Gemeinsame, örtliche, geschlossene Mitgliederversammlungen, öffentliche Versammlungen und Delegiertenversammlungen.

In den gemeinsamen *Mitgliederversammlungen* sollten vor allem Vorträge gehalten werden, die alle Genossen gemeinsam interessieren und über Agitation, öffentliche Versammlungen, Zeitungs- und Flugblattverbreitung, Jugend- und Frauenbewegung beschließen.

Zu den *öffentlichen* Versammlungen haben natürlich alle Männer und Frauen des Ortes Zutritt. Es muß versucht werden, die für die Einberufung und Propaganda verausgabten Gelder durch Tellersammlungen oder Eintrittsgeld der Arbeiterbörse wieder zuzuführen.

Zu den *Delegiertenversammlungen* sind die Vorstände und die Delegierten der verschiedenen Berufsorganisationen einzuladen. Jeder Verein sollte auf je 100 Mitglieder 2 Delegierte zur Arbeiterbörse wählen, die *nicht* Vorstandsmitglieder ihres Vereins sind. Aus der Mitte der *Delegierten* sollen die *Studienkommissionen* gebildet werden. Deshalb müssen die Delegierten möglichst gute Fachkenntnisse mitbringen.

Die *Studienkommissionen* sollen *Vorarbeit* leisten für die *Sozialisierung*. Für *jede Industrie* ist eine besondere Studienkommission zu bilden, die zu untersuchen haben, welche Aufgaben die entsprechende Industrie zu lösen hat am Tage der sozialen Revolution. Schon heute aber können die Studienkommissionen Material dafür liefern, welche Waren notwendig und welche schädlich sind für die Masse der arbeitenden Bevölkerung. Auch die Kopfarbeiter, Ingenieure, Ärzte usw. müssen zu den Studienkommissionen zugezogen werden.

7. Jede Berufsorganisation hat innerhalb des Vereins eine *Jugendgruppe* in Leben zu rufen. Die Beiträge der Jugendlichen (von 14 bis 18 Jahre) sollen mindestens 30 Pf. pro Woche betragen. Dafür ist ihnen das allgemeine Organ und möglichst eine Jugendzeitung zu liefern. Die Arbeiterbörse hat die Jugendgruppen der verschiedenen Berufe zu einer gemeinsamen Jugendorganisation am Orte zusammenzufassen. In Jugendheimen muß den Jugendlichen beiderlei Geschlechts eine gut gewählte Jugendbibliothek zur Verfügung stehen. Schon die jungen Menschen müssen geschult werden, damit sie fähig werden, später jedes Amt in der Gewerkschaft zu bekleiden. Sie werden zu Kleinarbeiten innerhalb der Gewerkschaft gute Dienste leisten können.

8. Jede *Arbeiterbörse* hat eine besondere *Frauenbewegung* ins Leben zu rufen. Vor allem sollten die Frauen der syndikalistischen Genossen dafür gewonnen werden. Für solche Frauen und Mädchen, die *nicht* beruflich tätig sind, muß der Beitrag natürlich gering bemessen werden. Es wird sich empfehlen, die sozialistische Frauenzeitschrift „Die schaffende Frau“ obligatorisch einzuführen. Selbstverständlich gehören die weiblichen Mitglieder der Berufsvereine gleichzeitig dem Allgemeinen Frauenverein des Ortes an. Zweck der Frauenbewegung ist es, die Frauen geistig zu schulen, damit sie als Mutter und Erzieherin und als Konsumentin und Hausfrau dem Sozialismus und Syndikalismus gute Hilfe leisten können. Mann und Frau und Jugendliche müssen als Gleichberechtigte nebeneinander und miteinander kämpfen für die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Eine Riesenarbeit also gilt es zu bewältigen. Und dennoch kann und muß die Arbeit geleistet werden. Deshalb rufen wir unsere Genossen im Lande dazu auf: Stelle jeder alle seine Kräfte in den Dienst der syndikalistischen Bewegung. Je stärker die Reaktion, um so zielbewußter muß der überzeugte Sozialist am Ausbau seiner Organisation arbeiten. Damit leistet er Gegenwarts- und Zukunftsarbeit zugleich.

Die Zukunft gehört dem Syndikalismus!



Die Aufgaben der Studien-Kommissionen.*

Wir Syndikalisten verstehen unter Sozialismus: *Gemeinwirtschaft* im weitesten Sinne. Wir erstreben daher eine Gesellschaft, in welcher wieder Eigentums- und Wertbegriff an Produktionsmitteln aufgehoben ist, in welcher sich jeder nach seinen *Fähigkeiten* beschäftigen kann und in welcher alle Menschen nach ihren *Bedürfnissen*, im Verhältnis natürlich zu den vorhandenen Mengen an Lebensmitteln, Bekleidungsstücken und Gebrauchsgegenständen, befriedigt werden. Um dieses bestmöglichst zu erreichen, müssen wir in der kommunistischen Gesellschaft selbstverständlich nicht bloß die bisher entwickelte Technik im Dienste der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion benutzen, sondern noch weit mehr wie heute die Errungenschaften der Technik und die Erfahrungen der verschiedenen Zweige der Wissenschaft in den Dienst der menschlichen Arbeit stellen. Das *kapitalistische* System hat zwar scheinbar durch die *Entwicklung des Großbetriebes* die industrielle Produktion zur höchsten Leistungsfähigkeit entwickelt. Dem aufmerksamen Beobachter ist es aber nicht verborgen geblieben, daß dieses nur ein Schein ist. In Wirklichkeit hat der Kapitalismus nur die *Ausbeutung* der Arbeiterklasse und damit die Steigerung des *Profits* zur höchsten Möglichkeit entwickelt, sehr oft hat dieses jetzige Bestreben eine Ausnutzung von neuen technischen Erfindungen oder wissenschaftlichen Erfahrungen *unmöglich* gemacht. Man braucht bloß daran zu denken, daß die Ausführung des schon vor über 15 Jahren projektierten bayerischen Wasserkraftwerkes an der kapitalistischen Kalkulation scheiterte, daß die Elektrisierung der Eisenbahnen aus militärischen Gründen unterblieb, daß die syndizierten Flaschenfabrikanten das Patent einer neuen sehr leistungsfähigen Maschine zur Massenherstellung von Flaschen aufkauften, *nicht*, um es auszunutzen, sondern um es *auszuschalten*, damit ihre veralteten Maschinen nicht entwertet wurden. Dies sind einige Beispiele, die sich ver Hundertfachen lassen. Durch die Verwirklichung der beiden ersten Projekte wäre eine sehr große Kohleersparnis erzielt worden. Bis heute ist es nicht möglich gewesen, die Fabriken zu einer rationellen Ausnutzung der Brennstoffe zu bewegen, noch immer kann man einen hohen Prozentsatz des Feuerungsmaterials als schwarzen Qualm aus den Schornsteinen die Luft verpesten sehen, obgleich die Technik die Mittel zur restlosen Ausnutzung bietet. Schon vor 25 Jahren hat es Mus-

* Der Text erschien zuerst in *Der Syndikalist* Nr. 11, 1920

ter-Hochofen-Anlagen gegeben, wo das Feuerungsmaterial durch rauchfreie Kohlenstaubfeuerungen restlos verbraucht wurde, wo Tag und Nacht kein bißchen Rauch aus den Schornsteinen kam und dicht neben diesen Anlagen gesunde, blühende Blumenanlagen vorhanden waren. Da in der Geld- und Werte-losen sozialistischen Gesellschaft alle kapitalistischen Hemmnisse für den technischen Fortschritt fortfallen, kann erst in dieser die Produktivität schrankenlos hochentwickelt werden, und dies nicht nur in den *Großbetrieben*, sondern in genau derselben Weise auch im *Mittel-* und *Kleinbetriebe*. Wir gehen an die Sozialisierungsfrage heran, ohne dies falsche, angeblich alleinseligmachende Dogma der Marxisten von dem Rechte des Großbetriebes. Wir beobachten das Leben und die Wirtschaft, wie sie *wirklich* sind und lassen alle Formen der Produktion gleichzeitig *nebeneinander* wirken. Daß diese unsere Auffassung richtig ist, wird dadurch bewiesen, daß auch die „Bolschewisten“ nunmehr erklären müssen (in Nr. 4 der „Russischen Korrespondenz“; *Katztyn*: Unser Verhältnis zur Kleinindustrie und zur Produktionsgenossenschaft), daß ihre ursprüngliche Auffassung von der Beseitigung des Klein- und Mittelbetriebes *falsch* war. Ferner sind wir auch frei von der Anbetung des kapitalistischen Götzen „Zentralismus“. Darum können wir vorurteilsfrei untersuchen, wo und ob Produktion und Verteilung dezentralistisch betrieben werden können. Wir werden also später bei der Anlage von Fabriken und Werkstätten, wie Spinnereien, Webereien, Lederfabriken, Zucker-, Stärkefabriken, Mühlen, Brennereien, Lebensmittel-Fabriken, Ziegeleien, Papierfabriken und viele andere, darauf Rücksicht nehmen, wo die benötigten Rohmaterialien vorhanden sind, und wo die Bevölkerung neben ihrer Betätigung in der Landwirtschaft Zeit für die Herstellung der Industriefabrikate hat. Die gegenwärtig vorhandene Überlastung des Verkehrswesens ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß der im Interesse des Profits überall angewandte Zentralismus in unberechenbarer Weise dauernd Rohstoffe und Produkte von einer Stelle an die andere verschiebt. Diese unnötige Verschwendung menschlicher Arbeit wird durch die möglichst direkte Gewinnung, Verarbeitung und Verbrauch vieler Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände vermieden und eine große Entlastung des Verkehrs und Austauschs erreicht. Unter gleichzeitiger Berücksichtigung aller dieser Verhältnisse wird in absehbarer Zeit eine weit höhere Produktivität in Landwirtschaft und Industrie eintreten, kommen wir nach und noch unserem Ziel, der vollkommenen Befriedigung aller Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder näher. Die Voraussetzung für Weg und Ziel zu diesem Gesellschaftszustande ist, das es keine Monopole und Vorrechte Einzelner oder Gruppen gibt, daß die freie Initiative aller Mitglieder der Gesellschaft und jeder Kommune gewährleistet

sind, daß also eine schrankenlose und hemmungslose Entwicklung möglich ist. Eine Diktatur von oben, eine jede Zentralregierung würde aber der freien Entwicklung der einzelnen Gruppen und Kommunen entgegenstehen, da solche Regierungen nur immer gleichlautende Befehle an alle Stellen mit ganz verschiedenen Bedürfnissen und Ideen herausgeben können. Wenn aber eine Zentrale dulden würde, daß jede Stelle nach eigenem Wollen und Bedürfnissen lebt und handelt, so würde sie sich bald ausschalten, überflüssig werden. Von einer Zentralstelle aus wird man auch oft die Tätigkeit einzelner Stellen für verkehrt halten und daher nicht dulden. Darum sind wir der Überzeugung, daß nur in einer freien herrschaftslosen Gesellschaft die freie Initiative und die hemmungslose Vorwärtsentwicklung und damit die Voraussetzung für eine gleichmäßige und gerechte Beteiligung aller Menschen an den materiellen Gütern und der geistigen Kultur möglich ist. Es läßt sich heute noch nicht übersehen, wie wir zu unserem Ziel gelangen, ob plötzlich durch eine einmalige riesengroße Katastrophe, oder durch eine Reihe teils mehr oder weniger katastrophaler Entwicklungsstadien nach und nach. Das letztere hat allerdings die größte Wahrscheinlichkeit für sich. Wir müssen auf jeden Fall das Ziel fest im Auge behalten, und alle Vorbereitungen möglichst vollkommen treffen, um jede passende Gelegenheit mit Erfolg ausnutzen zu können, entweder zur vollen Verwirklichung unserer Ziele, oder wenigstens zur möglichst weiten Annäherung an dasselbe. Vor welche Aufgaben wir unter Umständen gestellt werden können, lehrt die Tatsache, daß in Russland die Bolschewisten mit nur 100 bis 200 000 Mitgliedern bei rund 6 Millionen Industrie-Arbeitern, von denen noch rund 3 ½ Millionen in Kleinbetrieben tätig sind, den Aufbau der Wirtschaft nach ihren Ideen versuchen konnten. Diese notwendigen Vorbereitungen müssen durch die *Arbeiter-Börsen* geschaffen werden und zwar schnellstens. Aufgabe der einzusetzenden Studien-Kommissionen ist es, im Rahmen unserer Prinzipien die Möglichkeit und die Art und Weise der Durchführung dieser Vorbereitungen zu suchen und zu finden.

Unsere Auffassung von der Gesellschaft bedingt es, daß wir die Vorbereitung nicht in der Weise auffassen, daß wir wie die staatssozialistischen Parteien Räte-Schulen bilden, die die Arbeiter in National-Ökonomie, Gemeinde- und Verwaltungsangelegenheiten, Betriebsunkosten-, Kalkulationswesen u. dergl. auszubilden suchen. Dieses ist *kapitalistische* Methode und beweist, daß sich Staatssozialismus und Partei-Kommunismus aus der kapitalistischen Ideenwelt nicht herausdenken können. Wir Syndikalisten haben alle unsere Untersuchungen anzustellen ohne Rücksicht auf Wert- und Preis-Kalkulation, nur vom Standpunkt des *Bedürfnisses*, der Bequemlichkeit und der Produktivität.

Die erste Frage wird sein, wie wir die vorhandenen Bestände an Lebensmitteln, Gebrauchsgütern und Rohstoffen restlos erfassen und in die Verwaltung der einzelnen Kommunen nehmen können. Dann folgt die zweite Aufgabe, alle Bestände statistisch aufzunehmen, und Kreis-, Bezirks- und Landesweise die Statistiken zusammenzustellen, um feststellen zu können, in welcher Weise die vorhandenen Mengen gerecht und nach den Bedürfnissen der Gesamtheit verteilt werden können. Es ist zu untersuchen, ob dabei ein Markensystem nach Anzahl der Köpfe, nach der Art der Betätigung oder sonstwie am gerechtesten anzuwenden ist, solange die verfügbaren Vorräte unzulänglich sind. Ferner ist sofort zu erwägen, wie schnellstens die *Lebensmittel-Produktion* zu heben ist, wie das *Klein-Siedlungswesen* und die Bildung von *landwirtschaftlichen Genossenschaften* durchzuführen ist.

Daneben ist auch zu untersuchen, in welcher Form die Fabriken und Werkstätten, Gruben und Verkehrsmittel zu übernehmen sind, in welcher Weise überall Betriebsräte, Verwaltung und Betrieb aufrecht zu halten haben. Bei allen diesen Fragen ist zu prüfen, in welche Weise zur Durchführung der Aufgaben eine gewisse Diktatur von unten nach oben möglich ist.

Die Hauptaufgabe dieser Diktatur muß sein, alle Waffen aus Privat- und öffentlichen Besitz restlos zu vernichten; dann nach Beseitigung der Mordwerkzeuge werden ethische Zwangsmittel, wie Kontingentierung der Lebensmittel und Gebrauchsgüter, moralische Achterklärungen, Ausstoßung aus der Gemeinschaft usw. genügen, an allen Orten die Oberhand der gemeinnützigen Gesellschaftsmitglieder zu sichern.

Nachdem im großen so eine Richtschnur festgestellt sein wird, werden die Studienkommissionen darangehen müssen, eine Gliederung vorzunehmen, in welcher Teilung die Vorbereitungen zu treffen sind. So werden zur Regelung der Verwaltungsangelegenheiten und Konsumtion in allen Gemeinden Kommissionen gebildet werden müssen für:

Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Unterhaltung, Verkehr, öffentliches Interesse, Bildung und Schule, Gesundheitspflege, Volksvermehrung. Es ist zu prüfen, in welcher Weise zunächst und später die Gliederung durchzuführen ist.

Ebenso ist zu erwägen, wie am besten die Teilung in Industrie-Gruppen anzustreben ist. Nach diesen Vorschlägen hat sich dann auch die Bildung von Industrie-Föderationen zu vollziehen. Wahrscheinlich wird man sich hierbei an das Schema der U.S.P.D. halten können, das folgende Einteilung macht: Landwirtschaft, Bergbau, Steinindustrie- und Baugewerbe, Metall-Industrie, Chem, Industrie, Textilindustrie, Papier-Industrie, Leder-Industrie, Holz-

Industrie, Nahrungs- und Genußmittel, Verkehrsgewerbe, Kopfarbeiter. Aus diesen Industrie-Föderationen müssen sich dann wieder Kommissionen bilden, die die Frage der Sozialisierung der Fabriken, des Bauwesens, des Verkehrsgewerbes studieren. Dabei ist vor allem zu erwägen, welche Industriezweige, Handelsfächer usw. einzustellen sind, welche zunächst, in erster Linie, mit allen verfügbaren Kräften zu beschleunigen sind. Die einzelnen Industrie-Gruppen, wie Lebensmittel-Industrie, Bekleidungs-Industrie sind zunächst unterzugliedern, nach allen in Frage kommenden Berufen, dann wieder zusammenzufassen. Für alle Fachkommissionen sind die Mitglieder möglichst aus den betreffenden Berufs-Angehörigen zu bilden. Alle Kommissionen werden die Aufgabe haben müssen, möglichst viele Arbeiter mit den in Frage kommenden Aufgaben vertraut zu machen, mit der Bildungskommission gemeinsam diese Ausbildung vorzunehmen. So hat. z. B. die Wohnungskommission, aus Angehörigen der verschiedenen Bauberufe unter Hinzuziehung von Vertretern der Mieter bestehend, festzustellen, wie viele Wohnungen vorhanden sind, wie viele dringend notwendig sind, wieviel also fehlen, und gebaut werden müßten. Wieviel Material vorhanden ist, und wieviel fehlt, was am nötigsten und von wo es am besten zu beschaffen ist, wie am besten eine Verschiebung der nötigen Arbeitskräfte von einem Platz na den anderen möglich, wieviel neue Arbeitskräfte ausgebildet und wieviel Hilfskräfte herbeigeholt werden müssen.

In ähnlicher Weise ist ein Plan von allen Kommissionen aufzustellen. Alle diese Fragen sind zunächst ausgiebig zu diskutieren, auch die Frage der Klein-Industrie und des Gewerbes, sowie die Bauernfrage zu behandeln. Ferner ist die wichtige Frage zu prüfen, wie die Kopfarbeiter für die Mitarbeit in ausreichendem Umfange zu gewinnen sind.

Eine wichtige Frage wird auch sein, wie die Austausch-Möglichkeiten liegen, wie die Verhältnisse auf der Eisenbahn, der Wasserstraßen-Verkehr, Post und Telegraph geregelt werden können.

Wenn alle Betriebsmöglichkeiten für Industrie, Landwirtschaft, Austausch und Verkehr festliegen, wir ein Modus zu suchen sein, wie die Warenverteilung zwischen den einzelnen Industrie-Gruppen zu erfolgen hat, wie also z. B. ein Austausch von Kohle gegen Industrie-Produkte und Lebensmittel oder von Lebensmitteln gegen landwirtschaftliche Geräte- und Industrie-Produkte ermöglicht wird. Ferner wie Auslandswaren gegen Inlandsprodukte ausgetauscht werden können, ob dies ohne Geldverkehr möglich ist, wie der Aufbau der dafür notwendigen Instanzen vorzunehmen ist.

Eine kurze Betrachtung der Aufgaben der Studien-Kommissionen ergibt, daß die meisten Fragen heute noch ungeklärt sind. Wir maßen uns auch nicht an, fertige Rezepte zur Durchführung der sozialistischen Gesellschaft zu besitzen. Der Verlauf der Revolution selbst wird erst Klarheit über das Wie und Was der Notwendigkeiten schaffen müssen. Wenn wir den Verlauf der französischen Revolution betrachten, können wir feststellen, daß auch dort lange Ruhepausen vorhanden waren, in welchen erst die neue Ideen geboren werden mußten. Die immer größer werdende Not der Zeit wird die Menschen zwingen, nach rettenden Auswegen zu suchen. Wir müssen dafür sorgen, daß wir unsere Mission erfüllen, nämlich den sicheren Weg in das Neuland der Freiheit und des Wohlstandes für alle zu finden und der hilfeschendenden Menschheit zu weisen.

F.[ranz] B.[arwich]

11. Jahrgang

Nr. 11

Der Syndikalist

Union Deutschlands

Organ der Freien Arbeiter-



Verlag und Expedition:
Fritz Kator, Berlin O.M., Köpenickerstr. 25, II.

Die Aufgaben der Studien-Kommissionen.

Wir Syndikalisten verstehen unter Studien-Kommissionen die in den verschiedenen Gewerkschaften bestehenden Komitees, die sich mit der Erforschung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse beschäftigen. Diese Kommissionen sind in der Regel aus den besten Mitgliedern der Gewerkschaften gebildet und haben die Aufgabe, die verschiedenen Fragen der Arbeiterbewegung zu untersuchen und die Ergebnisse ihrer Arbeit in Form von Berichten, Vorträgen und Broschüren zu veröffentlichen. Die Studien-Kommissionen sind in der Regel in drei Abteilungen unterteilt: in eine Abteilung für die Erforschung der sozialen Verhältnisse, in eine Abteilung für die Erforschung der wirtschaftlichen Verhältnisse und in eine Abteilung für die Erforschung der politischen Verhältnisse. Die Aufgaben der Studien-Kommissionen sind in der Regel in drei Hauptbereiche unterteilt: in die Erforschung der sozialen Verhältnisse, in die Erforschung der wirtschaftlichen Verhältnisse und in die Erforschung der politischen Verhältnisse. Die Erforschung der sozialen Verhältnisse ist die wichtigste Aufgabe der Studien-Kommissionen, da sie die Grundlage für die Erforschung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bildet. Die Erforschung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe der Studien-Kommissionen, da sie die Grundlage für die Erforschung der sozialen und politischen Verhältnisse bildet. Die Erforschung der politischen Verhältnisse ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe der Studien-Kommissionen, da sie die Grundlage für die Erforschung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse bildet.

Theaterbörse bzw. Theaterrat*

Helge Döhring

Der Anarcho-Syndikalismus ist eine internationale Gewerkschaftsbewegung. Im Gegensatz zum sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Gewerkschaftsapparat des DGB hat sie die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse und die Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen zum Ziel. Wer die gesellschaftlichen Werte produziert, soll auch über sie entscheiden und verfügen können. Produziert wird in der angestrebten freien, föderalistisch organisierten Gesellschaft nicht für den Markt, sondern bedürfnisgerecht. Hierarchien und Machtgefälle werden größtmöglich geegnet. Freie Vereinbarungen ersetzen Zwänge und Befehle. In diesem Sinne werden Produktion und Gesellschaft organisiert. Die Produktion und die Konsumtion werden in lokalen, regionalen und überregionalen Arbeitsbörsen geregelt. In diesen sind alle Industriezweige zusammengefasst. Ergänzt um die politische Verwaltung in freien Kommunen – Bedarfsermittlung - ersetzen sie den zentralistischen Staat. Die Macht bleibt damit bei den Produzierenden, die keine übergeordnete Instanz samt militärischer Instanzen dulden. Die Produzierenden entscheiden auch politisch basisdemokratisch und machen somit bürgerliche Herrschaft unmöglich. Sollten sich Herrschaftsformen einfinden, wird der Generalstreik ausgerufen. Soweit das Ideal, welches wohl am anschaulichsten während der Spanischen Revolution von 1936 umgesetzt wurde. Zu den Kampfmethoden des Anarcho-Syndikalismus zählten direkte Aktionen, Sabotagen und Streiks. Es ging ihnen um möglichst direkte Umsetzungen ihrer Forderungen ohne Zwischeninstanzen. Politische Bevormundung durch Parteien und den Staat lehnten sie ab. Die philosophischen Grundlagen entstammten dem kommunistischen Anarchismus. Kombiniert mit einer um 1890 in Frankreich entstehenden föderalistischen und dynamischen Gewerkschaftsbewegung (Gewerkschaft: le syndicat) ergab dies den Anarcho-Syndikalismus, der weltweit mehrere Millionen Menschen vereinte, vor allem in den romanischsprachigen Ländern Amerikas und Westeuropas – dort war sie oftmals einflussreicher als die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen -, aber beispielsweise auch in Russland, Indien oder China eine größere Rolle spielte. In Deutschland erreichte sie 1920 bis zu 150.000 Mitglieder in der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands“ (FAUD). Auch hier machten sich die Anarcho-Syndikalisten vor 100 Jahren

* Der Text erschien zuerst in [Kampfgeister](#) Nr. 1, 2022

weitgehende Gedanken darüber, wie die kapitalistische Gesellschaft freiheitlich-sozialistisch transformiert, alle gesellschaftlichen Lebensbereiche selber verwaltet werden könnten. Kommunal und regional erachteten sie dafür 12 Industrien als elementar, darunter klassische wie Bau, Metall oder Holz, aber auch das Gesundheitswesen, der Bildungsbereich, die Entsorgung usw. Nur in der Hälfte aller Industrien gelang es ihnen jedoch, eigene Föderationen aufzubauen, die zudem wenig flächendeckend und der Konkurrenz der zentralistischen Gewerkschaften unterlegen waren. Was kann das Modell der Arbeitsbörsen für den Theaterbereich bedeuten?

Wie es in der gesamten Gesellschaft Produktionsbereiche gibt, gilt dies auch für ein Theater. Was lässt sich hier vom Anarcho-Syndikalismus abschauen?

Ziele und Mittel

Berufsübergreifend dreht sich gewerkschaftliche Tätigkeit im Kern um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und um höhere Löhne. Je mehr Berufsgruppen in diesen Fragen zusammenhalten, desto mehr Kraft kann entfaltet werden. Um besser an einem Strang ziehen zu können, wären Einheitslöhne für den gesamten Theaterbereich vorteilhaft. Also beispielsweise für die Tätigkeitsbereiche der Bühnen- und Maskenbildner, Küche, Gardobieren/Kasse, Buchhaltung, Geschäftsführung, Ensemble. Die Belegschaft wäre weniger gespalten, bräuchte nur eine Lohnkommission. Zudem würden eventuelle Berufsegoismen zurückgedrängt zugunsten des Gemeinschafts- und Solidaritätsgedankens. (Schein-)Selbständigkeit müsste aufgehoben werden. Wie würde es sich mit Gagen verhalten? Einige Fragen müssen wohl offen bleiben. Auch sollte es möglichst nur einen Lohngeber geben als Adressat von Lohnforderungen. Was ist dann mit externen Unternehmen und Angestellten, ggf. Leiharbeiter, Eurojobber? Gibt es eine theatereigene Küche oder Catering? Oder spielen solche im Kernbereich weniger eine Rolle?

Sollte es gelingen, als Etappenziel eine gemeinsame Lohnbasis herzustellen, wird es auch nicht mehr so schwer sein, über gemeinsame Kampfmittel zu entscheiden. Denn die wirksamste Waffe im Arbeitskampf war für die Anarcho-Syndikalisten der Streik, und zwar möglichst übergreifend, was Berufe, Branchen und auch die geographischen Ausmaße betrifft. Es stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit bestimmter Kampfmethoden in der Theaterbranche. Ist es auch hier der Streik? Wie steht es diesbezüglich um

die Einbindung der Kundschaft? Das wäre die Idee der Konsumentenstreiks (Boycott), falls die Forderungen der Theaterbelegschaft nicht erfüllt werden. Oder schneidet man sich hier ins eigene Fleisch? Vielleicht gibt's auch eine Kampfform der kreativen Sabotage: Bei den Aufführungen werden auf der Bühne mal die Kostüme vertauscht?

Organisationsform Theaterbörse

Wie kann Theater basisdemokratisch verfasst sein, damit die Belegschaft möglichst geeint und solidarisch auftreten kann? So wie der Anarcho-Syndikalismus die großen Produktionsbereiche innerhalb von Arbeitsbörsen zusammenfasste, so können im Theater als Mikrokosmos alle dortigen Tätigkeitsbereiche gemeinsam wirken. Dazu könnte in einem Theater eine Theaterbörse (Rat) gebildet werden: In kleineren Theatern könnte dies über Vollversammlungen aller Beschäftigten laufen. In größeren Theatern würde sich die Börse aus Delegierten der einzelnen Tätigkeitsbereiche zusammensetzen. Ggf. lassen sich speziellere Tätigkeitsbereiche auch zusammenfassen: Technisches Personal, Büropersonal, Schauspieler/Dramaturgie, Musik, Gastro/Garderobe....das kann je Theaterhaus wohl sehr unterschiedlich ausfallen. Die Theaterbörse, in der alle Kompetenzen zusammenfließen, ist das oberste beschlußfassende Organ des Hauses. Sie richtet sich tendenziell gegen Privatisierungen und Fremdfirmen (beispielsweise für Reinigungskräfte) und macht sich stark für möglichst hohe Einheitslöhne und Arbeitssicherheit.

Die Theaterbörse wählt die Lohnkommission, evtl. eine Schlichtungskommission für Hausinternes und eine Kommission für die inhaltliche Ausrichtung der Spielpläne (Was soll überhaupt zur Aufführung gelangen?). In kleineren Theatern mag dies auch über die Vollversammlungen entschieden werden.

In jedem Haus aber dürfte die Wahl eines geschäftsführenden Ausschusses zentrale Bedeutung haben, der die bisherige Geschäftsführung ersetzt. Somit wird an der Basis beispielsweise auch über Einstellungen und Entlassungen entschieden. Das ist wichtig dafür, wirklich motiviertes Personal nicht nur für kompetente Berufstätigkeit zu engagieren, sondern auch für die Beteiligung am basisdemokratischen Theatermodell an sich.

Der geschäftsführende Bereich hat hohe Machtbefugnisse. Diese gilt es in der Selbstverwaltung klar zu begrenzen und der Theaterbörse/der Vollversammlung zu unterstellen. Damit dieser Bereich keine Macht akkumulieren kann, sind folgende Maßnahmen denkbar:

1. Der geschäftsführende Ausschuß der Theaterbörse wird nur für eine bestimmte Zeit gewählt.
2. Er ist jederzeit abwählbar.
3. Er ist jederzeit rechenschaftspflichtig (Protokolle, Aushänge, Extrasitzungen).
4. Er setzt sich aus Mitgliedern verschiedener Berufsgruppen zusammen.
5. Seine Mitglieder sind erst wieder für die übernächste Amtsperiode wählbar.
6. Seine Mitglieder haben weder Antrags- noch Stimmrecht in den Sitzungen der Theaterbörse.
7. Es wird eine Kontrollkommission gewählt.

Zu Punkt 1.: Wegen der Einarbeitung kann es sinnvoll sein, den geschäftsführenden Ausschuß nicht am Stück zu wählen. Stattdessen wird jährlich eine neue Person von der Theaterbörse gewählt und von den anderen Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses angelernt. Ist sie eingearbeitet, scheidet das dienstälteste Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses aus. Die Intendanz in der bisherigen Form der Machtkonzentration ist damit abgelöst. Nicht nur die Rotation und basisdemokratische Legitimation wären sichergestellt, sondern es würde auch darauf hingearbeitet, dass die Kompetenzen innerhalb der Belegschaft möglichst gleichmäßig verteilt werden. Im besten Fall fördert diese Form von Teilhabe die Identifikation nicht nur mit dem Theater, sondern auch mit Weltanschauungen, die basisdemokratische Verfahrensweisen generell favorisieren.

Es sollte konkretisiert werden, welche Kompetenzbereiche Aufgaben der Theaterbörse und welche davon Aufgabe des geschäftsführenden Ausschusses sein sollen. Über alle elementaren Fragen entscheidet letztlich immer die Theaterbörse. Dazu müssen auch die Verfahren zur Beschlussfassung festgelegt werden: Antragsrecht (Mandate), Stimmrecht (welche Delegation hat wie viele Stimmen oder jeweils einheitlich eine Stimme) und die Form der Abstimmungen (Was gilt als Mehrheit? In einfachen Fragen: einfache Mehrheit, in Statutenfragen: Zweidrittelmehrheit?).

Da nicht alle Mitarbeiter nur an einem Theater beschäftigt sind, stellt sich auch die Frage danach, ob nur die Kernbelegschaft die Theaterbörse stellt oder inwieweit auch andere Mitarbeiter daran beteiligt werden sollten. Letzteres fördert sicherlich den Gemeinschaftsgedanken, stellt aber auch höhere Anforderungen an die Umsetzung.

Selbstverwaltung ist nicht leichter, aber vielleicht gerechter als die Zustände heute.

Insgesamt kommt es wohl darauf an aufzuzeigen, dass sich ein solches Modell für die Erringung besserer Arbeitsbedingungen (Schichtpläne, Arbeitsmaterial usw.) und höherer Löhne als nützlich erweist. Und nicht zuletzt mag eine solche Theaterorganisation sich auch auf die Inhalte der Spielpläne auswirken: Solidarität statt Konkurrenz als Credo und Mutmacher für andere Bereiche der Gesellschaft.

Eine Insel reicht nicht

Regional wird wohl kaum ein einzelnes Theater mit diesen Formen auf Dauer viel erreichen können. Die Idee der Selbstverwaltung/der Theaterbörsen sollte übergreifend gedacht werden. So könnte regional eine Union der Theaterbörsen angedacht werden oder allgemeiner eine Union der Kunstschaffenden. Diese könnte nicht nur ihre Erfahrungen untereinander austauschen, sondern auch bei Lohnkämpfen/Zuschüssen an einem Strang ziehen, beispielsweise Lohnspiegelstatistiken erstellen oder eigene Arbeitsvermittlungen einrichten. Diese könnten beispielsweise darauf achten, dass nur dorthin vermittelt wird, wo bestimmte Standards gängig sind und bestimmte Lohngrenzen nicht unterboten werden.

Vielleicht lässt sich mit ähnlichen Bestrebungen von Selbstverwaltungen in anderen Bereichen zusammenarbeiten. So gibt es mit der Freien Arbeiterinnen und Arbeiter Union (FAU) einen basisdemokratischen, anarchosyndikalistischen Dachverband für verschiedene Berufsgruppen. Vielleicht lässt sich aus deren Statuten einiges auf die von mir angedeuteten selbstverwalteten Theaterstrukturen übertragen.

Wie es konkret weitergeht, können erst weitere Etappen im Kampf um Selbstverwaltung und Emanzipation zeigen, da die Geschichte in ihren Entwicklungsverläufen nicht linear nach vorne gedacht werden kann und sollte. Vielleicht ist eine solche Skizze ein gedanklicher Baustein.

Die Geschichte sozialer Bewegungen zeigt jedoch eines noch auf: Generell wichtig für das Erringen und für den Erhalt von Selbstverwaltung ist die Ablehnung von Berufsfunktionären, Politikern, gesetzlichen Betriebsräten, Zentralgewerkschaften und dauerhaft freigestellten Funktionsträgern.

WAS WOLLEN DIE SYNDIKALISTEN?



VERNICHTUNG DES GÖTZEN MAMMON

Bild: Stadtarchiv Braunschweig

Selbstverwaltung im Gesundheitssektor organisieren

Frederik Fuß

Im Falle einer revolutionären Umbruchsituation darf die Versorgung der Menschen nicht ins Stocken geraten. Wird die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern knapp, treibt dies die Menschen zurück zur alten Ordnung, in die Arme der Reaktion. Früh haben das die AnarchosyndikalistInnen bereits erkannt und darum sollen die Syndikate und Arbeiterbörsen bereits im Jetzt die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse vermitteln um die Produktion in Eigenregie fortsetzen zu können.

Der Fokus darf aber nicht nur auf der materiellen Ebene liegen. Die Abdeckung anderer, zum Teil ebenfalls lebensnotwendiger, Bedürfnisse muss ebenfalls umgehend gewährleistet sein. So zum Beispiel die medizinische Versorgung. Bereits heute bilden sich mit den Polikliniken¹ Zentren, die um eine gemeindenaher medizinische Versorgung bemüht sind und gleichzeitig mit den traditionellen Organisationsstrukturen des Gesundheitssektors zu brechen versuchen.

Der Fokus der Poliklinik liegt auf der alltäglichen medizinischen und psychosozialen Versorgung, für größere Einrichtungen gibt es hier derweil wenige Orientierungspunkte für eine selbstverwaltete Praxis. Anders sieht es in Griechenland aus, wo es zahlreiche Krankenhäuser unter Selbstverwaltung der Belegschaft gibt/gab (u.a. die Klinik der Solidarität in Thessaloniki, die Sozialklinik Elliniko in Athen u.v.m.). Im deutschsprachigen Raum finden wir lediglich ein Beispiel, das wie viele der griechischen Beispiele ebenfalls aus einer Notsituation heraus entstand, jedoch keinerlei Verbindung zu unserer Bewegung hat.

1997 geriet das Krankenhaus Spremberg (Brandenburg) in eine existenzielle Krise, als zwei Investoren ihre Anteile entzogen wurden und die Gemeinde nunmehr alleiniger Anteilseigner wurde. Da sich die Stadt kaum den Betrieb der Klinik leisten konnte, wurde händeringend nach Lösungen gesucht – ge-

1 Siehe hierzu die Seite des Poliklinik Syndikats: <https://www.poliklinik-syndikat.org>

funden wurde sie in der Übernahme der Klinik durch die Belegschaft. Ein Förderverein wurde gegründet und die Beschäftigten kauften über diesen 51% der Anteile auf, was ihnen die volle Kontrolle über das Krankenhaus sicherte. ChefärztInnen und GeschäftsführerInnen müssen seitdem durch die Gesellschafterversammlung bestätigt werden, die klassischen Stationsleitungen wurden durch Bereichsleitungen abgelöst, das hierarchische Gefälle deutlich reduziert und durch einen höheren Personalschlüssel die Arbeit deutlich angenehmer gestaltet – was sich auch in der Zufriedenheit der PatientInnen widerspiegelt, in einer Umfrage der AOK wurde die Klinik 2016 zur beliebtesten in ganz Ostdeutschland gewählt. Die besseren Arbeitsbedingungen haben jedoch ihren Preis, die Gehälter sind niedriger als in anderen Krankenhäusern, damit mehr KollegInnen eingestellt werden können. Auch an anderen Stellen zeigen sich die Probleme der die Selbstverwaltung im Kapitalismus ausgesetzt ist (z.B. bei Konflikten mit dem Ministerium), doch lässt sich klar erkennen, dass das Modell auch zur regionalen Verwurzelung getaugt hat, eine große Mehrheit stellt sich bei Problemen solidarische hinter die Klinik.²

Dass sich solche Organisationsmodelle trotz wirtschaftlichem Erfolg, Zufriedenheit von Personal und PatientInnen und der Langlebigkeit nicht weiter verbreitet haben, mag viele Gründe haben, nicht zuletzt die gesellschaftliche Lage, die seit einigen Jahren immer mehr zu Gunsten der Reaktion kippt. Ein Abarbeiten an dieser bietet aber wenig Aussicht auf Besserung und so muss es uns darum gehen, konkrete Lösungen und Alternativen vorbringen zu können. Selbstverwaltung ist ein schönes Schlagwort, wenn wir aber nicht erklären können, was das konkret bedeutet, wird es nicht verfangen.

Wir brauchen konkret ausgearbeitete Modelle über die Organisation und Struktur der Arbeitsweise und Entscheidungsfindung, wir müssen deutlich machen können, wie sich die Unterschiede auf das tägliche Erleben auswirken würden. Wir brauchen diese Modelle für den Fall einer revolutionären Situation, wir brauchen sie aber auch um bereits heute für die Ideen besser werben zu können und bestenfalls bereits zu versuchen, entsprechende Strukturen zu etablieren. Dabei ist es klar, dass alle solche Versuche in einer vorrevolutionären Zeit immer in den Zumutungen des Kapitalismus gefangen sind, dennoch macht es Sinn, uns in solchen Modellen zu erproben.

2 Mehr zum Krankenhaus Spremberg findet sich bei Voß, Sandra: Beschäftigte übernehmen ein Krankenhaus. Deutschlandfunk Kultur, 01.02.2017 <https://www.deutschlandfunkkultur.de/modell-fuer-die-zukunft-beschaeftigte-uebernehmen-ein-100.html> sowie Seibert, Niels/Dahm, Rupy: Ein Haus mit 200 Geschäftsführern. Neues Deutschland. 12.11.2021 <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1158542.selbstverwaltetes-wirtschaften-ein-haus-mit-geschaeftsfuehrern.html>

Die Räte-Psychiatrie

In dem Sinne soll an dieser Stelle versucht werden, basierend auf den Erfahrungen der eigenen Arbeit, das Modell einer Rätestruktur für ein psychiatrisches Krankenhaus zu entwerfen. Es soll gezeigt werden, dass hierarchische Prinzipien nicht notwendig sind um eine funktionierende Verwaltungsstruktur in diesem Bereich zu haben. Kritik die es an der Psychiatrie als Institution gibt sowie Kritik an den diagnostischen Verfahren und dem Einsatz von Psychopharmaka bleibt an dieser Stelle weitestgehend unberücksichtigt. Zum einen liegt dies daran, dass die Psychiatrien nach diversen Reformen kaum noch die unmenschliche Form von totaler Institution ist, als die sie in den 1970ern zu Recht kritisiert wurde. Zum anderen gibt es zwar Ansätze einer neuen Psychiatriekritik³, die sich in den letzten Jahren formiert hat und die unbedingt weiter gedacht werden muss, die gesellschaftliche Notwendigkeit für Orte in denen (vor allem auf freiwilliger Basis) ein „Heilungsprozess“ stattfinden kann, bleibt aber bestehen, solange die Verhältnisse bestehen, solange die unmenschlichen Zustände die viele der Krankheiten auslösen, es ebenso tun.

Die Struktur des psychiatrischen Rätekrankenhauses

Im Sinne einer rätedemokratischen Vertretung gilt es, dass die verschiedenen Berufsgruppen sich entsprechend organisieren können, genauso wie die jeweiligen Stationen im Haus. Als Berufsgruppen fassen wir hier:

- Pflegepersonal
- ÄrztInnen
- Verwaltung
- Haustechnik
- Reinigungsdienst
- Hauswirtschaft
- PsychotherapeutInnen
- SozialarbeiterInnen und ggf. ErzieherInnen
- Ergo- und KunsttherapeutInnen

3 Vgl. hierzu die bisher drei Bände der Reihe „Gegendiagnose“, die seit 2015 in der Edition Assemblage erscheint.

Die jeweiligen Berufsgruppen organisieren sich in eigenen Räten, in denen sie vorwiegend die Belange behandeln, die sie in Gänze, also stationsübergreifend, betreffen. Sie wählen aus ihrer Mitte heraus einen Vorstand, dessen Aufgaben vor allem koordinierender Natur sind. Die Station wählen aus ihrer Mitte eine Stationskoordination aus der Pflege, die entsprechende koordinierende Aufgaben übernimmt. StationsärztInnen wählen eine ärztliche Stationskoordination, die entsprechende koordinierende Funktionen ausübt. Aus der Gesamtheit der Beschäftigten wird, auf der Vollversammlung, ein Koordinationskomitee des Hauses gewählt, dieses übernimmt die Koordination aller Angelegenheiten, die das Haus als Ganzes betreffen.

Generell gilt für alle gewählten VertreterInnen, dass ihre Amtsdauer zeitlich begrenzt ist, dass sie nicht zweimal in Folge für dasselbe Amt gewählt werden dürfen, dass sie jederzeit Rechenschaft ablegen müssen, dass alle Prozesse transparent sein müssen, dass sie jederzeit abberufen werden können und dass sie mit einem imperativen Mandat ausgestattet sind, das bedeutet, dass sie an die Beschlüsse derjenigen, die sie gewählt haben, gebunden sind.

Oberstes Gremium ist die Vollversammlung die nicht nur das Koordinationskomitee bestimmt, sondern auch die Beschlüsse fasst, die von diesem umgesetzt werden sollen. In den Räten der Berufsgruppen und Stationen werden entsprechende Beschlüsse gefasst, die sie jeweils betreffen und von den KoordinatorInnen umgesetzt werden müssen. Ggf. sind hierzu Absprachen mit anderen Räten nötig, hierfür bildet sich ein Koordinationsrat in dem die KoordinatorInnen zusammenkommen, die jeweiligen Positionen ihrer Stationen/Berufsgruppen vertreten und versuchen einen Konsens herzustellen, der am Ende wieder von den Räten bestätigt werden muss. Aus dem Koordinationsrat werden VertreterInnen entsandt, die gemeinsam mit dem Koordinationskomitee einen weiteren Koordinationsrat bilden, durch den zum einen eine ständige Kontrollfunktion gewährleistet werden soll, zum anderen können so je aktuell die Belange der Berufe und Stationen übermittelt werden.

Es ergibt sich ein System, bei dem die Basis der Belegschaft stets die volle Kontrolle über die Geschehnisse im Krankenhaus behält, alle in die sie betreffenden Entscheidungen mit einbezogen werden und eine Machtkonzentration auf einer Führungsebene ausgeschaltet wird.

In einem Kontext bei dem es nicht um bloße Güterproduktion geht, sondern mit Menschen gearbeitet wird, ist es notwendig diese mit ihren jeweiligen Interessen und Bedürfnissen zu berücksichtigen. Entsprechend sollen auf den Stationen PatientInnenräte gebildet werden, so wie dies diesen durch die Krankheit bzw. damit möglicherweise einhergehenden Einschränkungen

denn möglich ist. Die PatientInnenräte entsenden auf den jeweiligen Stationen VertreterInnen in den Stationsrat, da dies der Ort ist an dem zu einem Großteil auch Entscheidungen gefällt werden, die sie betreffen. Weiter bilden sich aus den PatientInnenräten der Stationen ein Koordinationsrat der PatientInnen, der wiederum Delegierte zum Koordinationsrat der Berufe und Stationen entsendet. Somit soll eine Wahrung und Wahrnehmung der Interessen der PatientInnen gewährleistet werden.

Sicher ist dies kein fertiges Modell, es wird noch notwendig sein, verschiedene Melde- und Beschwerdestellen zu installieren, deren Besetzung sicher am besten durch die Vollversammlung oder jeweils betroffenen Gruppen bestimmt wird. Es kann aber ein Anfang sein, der in der Praxis als Ansatz dienen kann, um ein Rätesystem aufzubauen. Durch den Versuch werden sich weitere Leerstellen finden, die dann in der gemeinsamen Arbeit durch die Belegschaft und im Austausch mit den PatientInnen gefüllt werden können. In einer noch weiter gefassten Perspektive müsste auch die weitere Dezentralisierung des Gesundheitssystems gedacht werden, für einen ersten Schritt zu einer neuen Verwaltungsstruktur wäre ein Räteystem in den bestehenden, großen Einrichtungen jedoch sinnvoll.

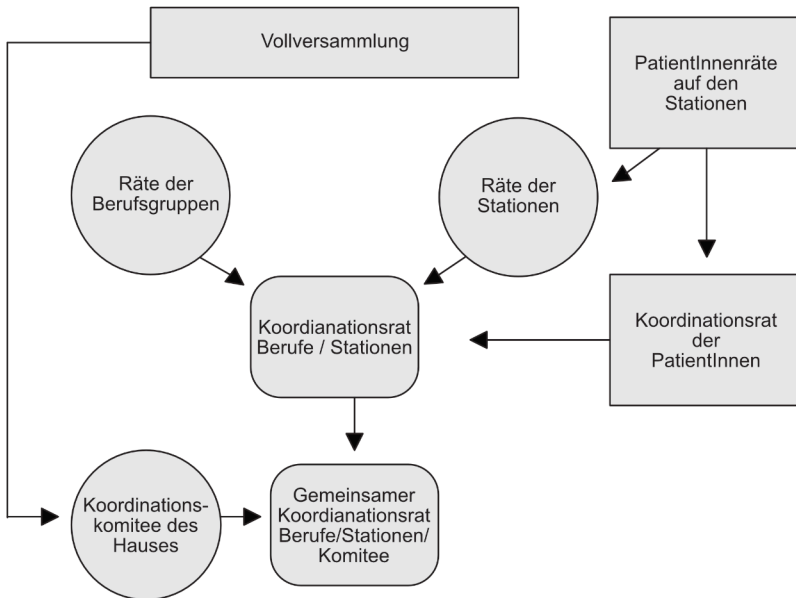


Schaubild zur Struktur der Rätepsychiatrie von Frederik Fuß

Was will der Syndikalismus?



Lebendige, keine toten Gewerkschaften
von Max Baginski

VERLAG: „DER SYNDIKALIST“, FRITZ KATER, BERLIN O 34

Bild: FAU Düsseldorf

Stadteilarbeit als syndikalistische Praxis

Vortrag vom 18. Oktober 2024 im Stadteilladen Mitmischen,
Maxim-Gorki-Str. 40, Magdeburg

Frederik Fuß

Das ist heute nicht das erste Mal, dass ich diesen Vortrag halte und in der Vergangenheit hat sich herausgestellt, dass es mit das spannendste ist, wenn wir es schaffen, hinterher in einen Austausch über nachbarschaftliche und gewerkschaftliche Praxis und unsere persönlichen Erfahrungen zu kommen. Ich hoffe sehr, dass das auch heute klappt.

Außerdem möchte ich noch anmerken, dass sich der Vortrag heute in der Perspektive etwas verschoben hat. Ausgangspunkt hierfür war eigentlich eine Diskussion mit einer Genossin auf dem Theoriefestival *Kantine Sabot* in Chemnitz letztes Jahr über revolutionäre Stadteilarbeit, in dessen Nachgang ich einen Artikel für die *Direkte Aktion* geschrieben habe, auf dem im Wesentlichen auch basiert, was ich heute Abend erzähle.¹

Was hat sich nun aber verschoben? Ganz einfach, meine Sicht auf eben die Gruppen, die die sogenannte revolutionäre Stadteilarbeit betreiben, ich bin mir nicht mehr so sicher, wie viele Anknüpfungspunkte wir als AnarchosyndikalistInnen mit ihnen haben. Das möchte ich später nochmal genauer ausführen und auch nochmal klar stellen, weshalb ich die GenossInnen hier aus Magdeburg da gar nicht unbedingt mit meine.

Aber vorab müssen wir ein paar Prämissen klären, damit wir auch über das Gleiche reden. Am wichtigsten scheint mir dabei die Frage zu sein, was Anarcho-Syndikalismus eigentlich ist oder was er sein sollte und was es mit den Arbeiterbörsen auf sich hat, weil die aus meiner Perspektive die Schnittstelle zur revolutionären Stadteilarbeit markieren oder markieren könnten, so es diese Schnittstelle denn gibt.

Im Anschluss daran möchte ich dann auf die Gruppen eingehen, die revolutionäre Nachbarschaftsarbeit betreiben, da reiht sich dann auch die Kiezkom-

¹ Vgl.: Fuß, Frederik: Organisierte Nachbarschaften und die Zukunft der Arbeiterbörsen. In: *Direkte Aktion*, 20.09.2023 Online: <https://direkteaktion.org/organisierte-nachbarschaften-und-die-zukunft-der-arbeiterboersen/>

mune Stadtfeld mit ein, die ja diesen Abend gemeinsam mit der FAU ausgerichtet, auch wenn sie für mich eine gewisse Besonderheit darstellt. Im Anschluss schauen wir dann, wie das mit dem Konzept des Anarcho-Syndikalismus zusammengeht oder auch nicht und hoffentlich können wir dann in der Diskussion auch rausfinden, wie die GenossInnen von der Kiezkommune dazu stehen, wie es zu den noch zu beschreibenden Besonderheiten gekommen ist und wie sie ihre eigene Arbeit betrachten.

Bevor wir dann dazu kommen, was denn eigentlich Anarcho-Syndikalismus sein soll, erst noch ein paar Worte zum Verständnis von Gewerkschaft allgemein.

Eine Gewerkschaft sei ein freier Zusammenschluss von ArbeiterInnen zur „Wahrung und Förderung von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen im Interesse ihrer Mitglieder, gegnerfrei, in ihrer Willensbildung strukturell unabhängig von Einflüssen Dritter, Organisation auf überbetrieblicher Grundlage, Anerkennung des geltenden Tarifrechts sowie Tariffähigkeit.“² So stehts zumindest bei Wikipedia.

Lassen wir das Historische beiseite, aus dem wir lernen könnten, dass es ein Prozess gewesen ist, in dem die Gewerkschaften in eben diese Rolle des bürgerlichen Systems hineingeraten sind, dass es von Beginn an andere Verständnisse von Gewerkschaft gab usw. usf. So oder so ähnlich verstehen die meisten Menschen die Gewerkschaft – häufig noch etwas negativer konnotiert: als bürokratischen Apparat, der intransparent funktioniert und regelmäßig Verhandlungen mit ArbeitgeberInnen führt, die dann weit weg von dem sind, was sich einmal erhofft wurde.

Viele KollegInnen erleben die Gewerkschaft aber immer noch als Kampfverband mit dem sie für ihre Rechte einstehen. Hier haben wir auch einen wichtigen Punkt: sie würde für ihre *Rechte* einstehen. Diejenigen, welche sie im bürgerlichen Staat zuerkannt bekommen haben – die er auch beschränkt und ihnen wieder entziehen kann. Manchmal geht es noch darüber hinaus und man bezieht sich auf moralische Vorstellungen von Rechten. Dann möchte man vielleicht ein bisschen mehr vom Kuchen haben, einen *gerechten* Lohn bekommen, einen fairen Ausgleich schaffen zwischen Kapital und Arbeit.

Kurz und knapp teilen all diese Vorstellungen einen Punkt: die Gewerkschaft ist die Organisation die sich (vermeintlich oder tatsächlich) um meine

² Wikipedia: Gewerkschaften in Deutschland. Online. https://de.wikipedia.org/wiki/Gewerkschaften_in_Deutschland

Belange am Arbeitsplatz kümmert. So richtig das ist, so falsch ist es gleichzeitig in einem anarchosyndikalistischen Sinn.

Bleibt man bei diesem lediglich auf die betriebliche Ebene fokussierte Verständnis von Gewerkschaft, kann ganz zurecht von Trade-Unionismus gesprochen werden – also gewerkschaftliche Tätigkeit die nur auf Betriebsarbeit zielt. Was wir mit den DGB Gewerkschaften in Deutschland vorfinden ist nichts anderes.

Wie bereits gesagt, seit Beginn der gewerkschaftlichen Organisation gab es bereits andere Vorstellungen davon, was eine Gewerkschaft ist, wie sie funktioniert und für was sie zuständig ist. Und wir überspringen die historische Entwicklung des revolutionären Syndikalismus und kommen direkt zum anarchosyndikalistischen Verständnis der Gewerkschaft als einem Instrument der arbeitenden Klasse, das nicht nur auf betriebliche (Tages-) Kämpfe zielt, sondern auch auf den Aufbau gesellschaftlicher Strukturen, die den Staat ersetzen und die gesellschaftliche Organisation übernehmen sollen. Was das genau bedeutet, da kommen wir gleich noch zu. Wichtig ist vor allem, dass sich die Gewerkschaft in unserem Verständnis nicht darauf beschränkt, Kämpfe um Löhne und Arbeitsbedingungen zu führen, sie führt alle Kämpfe der arbeitenden Klasse wo diese mit den Zumutungen des herrschenden Systems konfrontiert ist.

Konkret: Sie setzt sich im Bereich Wohnen, Konsum, Antirassismus, Anti-Antisemitismus, Antisexismus, Feminismus, Klimawandel, Bildung usw. ein.

Was im ersten Moment beliebig klingt, ist nur natürlich wenn die Klasse eine Organisation schaffen will, die sie auf allen Ebenen zum Kampf nutzen kann. Unser Ausgangspunkt ist und bleibt aber in der Regel der Arbeitsplatz – er muss es aber nicht immer sein. Wichtig ist, dass wir uns da organisieren, wo Menschen konkret in einem materiellen Sinne betroffen sind und in einem sozialen Bezug zueinander finden. Das kann der Arbeitsplatz sein, es kann aber auch der Wohnort sein (hier kann es dann neben Mietfragen – die ja letztlich Eigentumsfragen sind – ebenso um Umweltschutz, Mitbestimmung und anderes gehen).

Der Anspruch einer anarchosyndikalistischen Organisation ist dann auch nicht nur höhere Löhne zu erkämpfen, sondern die politischen und ökonomischen Strukturen, die derzeit von KapitalistInnen und dem Staat bestimmt werden, durch selbstverwaltete Strukturen der arbeitenden Klasse zu ersetzen, die in einer föderativen, egalitären Gesellschaft, bei der alle nach ihren

Bedürfnissen und Fähigkeiten leben und arbeiten, aufgehen – also dem freihheitlichen Kommunismus.

Und bevor wir auf die Struktur der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft eingehen, die ja notwendig eine andere sein muss, wenn sie nicht nur im Betrieb aktiv sein will, noch ein paar Bemerkungen vorweg:

Ein grundlegender Unterschied zwischen anarchosyndikalistischen und jenen Gewerkschaften wie sie beispielsweise im DGB zu finden sind, besteht neben der gesellschaftlichen Zielsetzung darin, dass Mitglieder die in Funktionen gewählt sind, grundsätzlich jederzeit abberufen werden können, sollten sie ihre Pflichten missachten oder sonstige Vergehen begehen. Außerdem erhalten FunktionärInnen grundsätzlich kein Gehalt für ihre Tätigkeit – wobei das eine historisch umstrittene Angelegenheit ist, in der spanischen CNT und der deutschen FAUD gab es auch bezahlte Posten. Das ist also eher so ein Dogma jüngerer Datums. Wie man sich auch dazu verhalten mag, ist es trotzdem richtig, dass ein bezahltes Funktionärswesen der erste Schritt zu einem bürokratischen Apparat ist, der mehr an dem eigenen Erhalt, als an den Belangen der Mitglieder interessiert ist und wurde so auch historisch in einem größeren Umfang immer abgelehnt.

Dazu muss ich auch noch anmerken, dass sich anarchosyndikalistische Gewerkschaften durchaus verschiedenen Strukturen gegeben haben, es handelt sich bei meiner Darstellung also lediglich um eine Art idealtypisches Modell. Die Struktur muss aber den realen Bedingung angepasst werden, funktional sein und die Stärke der Bewegung abbilden, andernfalls erschafft man einen föderativen Apparat ohne Basis oder Bezug zur realen Situation der Bewegung. Wenn man von diesem idealtypischen Zuschnitt den ich gleich beschreibe, eine konkretere Vorstellung haben möchte, wie das denn bezogen auf die heutige FAU aussehen kann, die dem derzeit eher wenig entspricht, der sei der Text „Arbeiter:innenbörsen aufbauen“ von Steff Brenner in der *Direkten Aktion* empfohlen.³

Kommen wir zu diesem Modell:

Die anarchosyndikalistische Gewerkschaft fußt auf zwei Ebenen – die Syndikate und die Arbeiterbörsen. Gemeinsam bilden sie die Struktur der Gewerkschaftsföderation.

3 Vgl. den Artikel von Steff Brenner in diesem Heft. [Brenner, Steff: Arbeiter:innbörsen aufbauen. Ein Neustart für lokale Organisation und Branchen-Syndikalismus.](#)

Die Syndikate – lokal und in Branchen

In den Syndikaten schließen sich die ArbeiterInnen zusammen. Wir unterscheiden hierbei verschiedene Formen der Syndikate – lokale Syndikate und Branchensyndikate. Die Branchensyndikate sind überregionale Syndikate in denen sich die Mitglieder entsprechend ihrer Branche zusammenschließen – waren hier früher Industriezweige vertreten, ließe sich das heute auf Bereiche wie IT, Gesundheit usw. ausdehnen. In Betrieben in denen nicht alle Mitglieder im selben Bereich tätig sind, werden sie alle Mitglied im Branchensyndikat dessen Bereich der Betrieb als Ganzes zugerechnet werden kann. Konkret: In einer Stahlfabrik wären auch Verwaltungsangestellte im StahlarbeiterInnensyndikat. Die jeweiligen Betriebsgruppen sind dann die lokalen Ableger der Branchensyndikate.

In kleinen Orten in denen nur wenige Mitglieder unterschiedlicher Bereiche vorhanden sind, war die Lösung der anarchosyndikalistischen FAUD, dass alle Mitglieder dem Branchensyndikat beitraten, dem der größte Prozentsatz der Mitglieder zugerechnet werden könnte.

Allgemeine Syndikate sollten für Hand- und KopfarbeiterInnen gebildet werden, für die ein Branchensyndikat keine sinnvolle Organisationsstruktur darstellt. In dem Maß wie heute die sogenannte Kopfarbeit zugenommen hat, müsste diskutiert werden, ob Branchensyndikate nicht doch sinnvoller wären.

So jedenfalls bilden sich lokale Ableger der überregionalen Branchensyndikate, die sich lokal gemeinsam und überregional in ihren jeweiligen Branchen organisieren.

Die Branchensyndikate haben die Aufgabe den ArbeiterInnen die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse zur Übernahme und Fortführung des Betriebs beizubringen und sie müssen die Tageskämpfe in den Betrieben führen (also für Lohnerhöhungen, bessere Arbeitsbedingungen etc.).

Die Aufgaben und Funktion der Arbeiterbörsen

Die Arbeiterbörsen dagegen sind ein Zusammenschluss der lokalen Syndikate, ebenso wie von Gruppierungen der Gewerkschaft die nicht in die lokale Branchenstruktur fallen, wie Jugendorganisationen oder spezifische Frauenorganisationen – heute ließen sich Stadtteilorganisationen und MieterInnensyndikate ergänzen.

Ihre Aufgaben sind:

1. Propaganda und Agitation

Also grob gesagt die Verbreitung der Ideen des Anarcho-Syndikalismus. Das Erstellen von geeignetem Material hierfür und dessen Verbreitung und entsprechend propagandistischen Veranstaltungen.

2. Bildung und Schulung der Mitglieder

Die Organisation von Bildungsveranstaltungen, wie Vorträge, Lesekreise und ähnliches (nicht nur) für Mitglieder – sowohl zu theoretischen Belangen des Anarcho-Syndikalismus wie auch Fragen der Organisierung und direkten Aktion. Ebenso sollen sie hierfür entsprechendes Material erstellen bzw. bereitstellen. Darüber hinaus fallen hierunter aber auch kulturelle Veranstaltungen/Aktivitäten, Bildung in Bereichen die nicht unmittelbar den Anarcho-Syndikalismus betreffen und gemeinschaftliche sportliche Aktivitäten.

3. Die Koordination der Tageskämpfe und die Durchführung anderer Aktionen

Die Arbeiterbörsen koordinieren die gewerkschaftlichen Tageskämpfe der lokalen Branchensyndikate (ggf. organisieren sie diese in Abstimmung mit dem Syndikat). Ebenso planen sie Aktionen zu Themen die außerhalb der betrieblichen Kämpfe stehen – Proteste gegen Preissteigerungen, Solidaritätsaktionen für Gefangene etc. Die Arbeiterbörse koordiniert hierfür die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, ebenso wie die Unterstützung aller Initiativen aus der Bevölkerung die nicht im Widerspruch zu den Zielen des Anarcho-Syndikalismus stehen.

4. Die Vorbereitung der sozialistischen Wirtschaft

Der zukünftige Sinn und Zweck der Arbeiterbörsen ist es, eine demokratische Struktur zu bilden, die die staatlichen Institutionen ablöst und das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben organisiert. Besonders wichtig ist es, einen reibungslosen Übergang bei Produktion und Konsumtion zu gewährleisten. Ist es die Aufgabe der Branchensyndikate die Übernahme der Produktion vorzubereiten, so haben die Arbeiterbörsen die Aufgabe die gesellschaftlichen Bedarfe zu ermitteln, nach denen sich die Produktion richten kann. Zudem sollen sie die Verteilung der produzierten Güter – entsprechend der vorher ermittelten Bedürfnisse – organisieren.

Föderation

Branchensyndikate und Arbeiterbörsen bilden dann eine gemeinsame Föderationsstruktur. Dabei schließen sich die lokalen Branchensyndikate erst auf Kreisebene zusammen, dann auf der Provinzebene und schließlich auf Landesebene. Ebenso dann die Arbeiterbörsen (die lokalen föderieren sich auf Kreis-, Provinz- und Landesebene). Aus den Landesföderationen beider Strukturen bildet sich die nationale Föderation. Wichtig ist wiederum, dass die Delegierten von der Ebene die sie entsendet, jederzeit wieder abberufen werden können. Was die wirtschaftliche Planung angeht, werden die Bedarfe auf den verschiedenen Ebenen ermittelt und national in einem statistischen Büro koordiniert und mit den jeweiligen anderen Föderationsebenen wiederum rückgekoppelt.

Die neue Gesellschaft in der Schale der alten aufbauen

Das ist ungefähr die Idee der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft. Strukturen aufbauen, die von gegenseitiger Hilfe und Solidarität geprägt sind, die in der Lage sind, die staatlichen Institutionen und die kapitalistische Produktionsweise zu ersetzen und ein neues System des Wirtschaftens und der Gesellschaft zu erschaffen.

Natürlich ist völlig klar, dass es auch mit einer Übernahme der Produktionsmittel durch die arbeitende Klasse noch nicht geschafft ist und wir noch nicht unser Ziel des freiheitlichen Kommunismus erreicht haben. Es wird eine gewisse Übergangsperiode nötig sein um die Produktion wirklich auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse einzurichten. Sicher wird es auch Widerstände gegen und Widersprüche innerhalb dieses Aufbauprozesses geben, mit denen wir einen Umgang finden müssen. Ganz abgesehen davon ist der Kapitalismus zwar der gesellschaftliche Widerspruch, der die Verhältnisse derzeit weitestgehend bestimmt, mit seiner Überwindung haben wir aber noch längst nicht alle anderen gesellschaftlichen Widersprüche abgeschafft – Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw. werden wohl immer noch fortbestehen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir bereits in unserem organisatorischen Prozess vor einer Übernahme der Produktionsmittel uns selbst in der Bewegung, aber auch möglichst viele andere Menschen, bilden und versuchen, soweit es möglich ist, diese Widersprüche bereits abzubauen.

Rudolf Rocker hat gesagt, „daß der Sozialismus letzten Endes eine Kulturfrage ist“⁴, darum müssen wir vor, während und nach einer Revolution daran arbeiten, dass die Menschen die Formen der bürgerlichen Gesellschaft, mit

allen ihren Widersprüchen, auch geistig ablegen bzw. sich über diese hinaus entwickeln.

Die verschiedenen Formen der Entfremdung – auf ökonomischer wie auch zwischenmenschlicher Ebene – müssen überwunden werden, natürlich auf einer materiellen Ebene, aber eben auch auf einer kulturellen. Andernfalls ist der Rückfall in einen präsozialistischen Zustand oder die Entartung in eine bizarre Verzerrung des Sozialismus vorprogrammiert.

Unser Werkzeug um den Menschen über sich selbst hinauszudeuten ist die Gewerkschaft.⁵ Sie ist so etwas wie die Schule des Sozialismus. Die praktische Solidarität, die gegenseitige Hilfe, die gegenseitige Bildung und Ausbildung, die Direkte Aktion, der Streik und das Erfahrbarmachen der eigenen Stärke, sind alles Prozesse einer zweiten Sozialisation, die uns helfen uns selbst auf ein neues und höheres Niveau zu heben.

Anarcho-Syndikalismus heute

Wenn wir uns anschauen, wie die anarchosyndikalistische Gewerkschaft in Deutschland – die FAU – heute aufgebaut ist, sieht das ganz anders aus und wir machen hier wirklich nur einen kurzen Abriss, bevor wir dann zur Stadtteilarbeit kommen.

In praktisch allen Städten, in denen die FAU präsent ist, haben sich statt Branchensyndikaten Allgemeine Syndikate gebildet, in denen die Mitglieder unterschiedlicher Berufsgruppen vereinigt sind. In den meisten Städten bilden sich innerhalb des Allgemeinen Syndikats dann Sektionen zu verschiedenen Berufsgruppen, die zu bestimmten berufsbezogenen Themen arbeiten und Aktivitäten koordinieren. In den meisten Satzungen findet sich noch die Idee, dass die Gewerkschaft nicht nur aus dem Allgemeinen Syndikat, sondern zusätzlich noch aus Branchensyndikaten bestehen soll, wenn diese denn dann mal entstanden sein sollten.

Das könnte als Scheitern interpretiert werden, greift die Sache aber vermutlich von der falschen Seite aus auf. Vielmehr scheint das Konzept der Sekti-

4 FAUD: Prinzipienklärung des Anarcho-Syndikalismus. In: FAUD: Mit uns voran! Hamburg 2013, S. 25

5 Hier sei noch einmal auf den weiten Begriff von Gewerkschaft hingewiesen. Gemeint ist nicht nur eine alltägliche Betriebsarbeit, sondern auch die Arbeit in den Arbeiterbörsen, gemeinsame kollektive Arbeit, Bildung und Kultur innerhalb der Gewerkschaft, angeschlossene Bereiche und Betriebe, alles wo die Mitglieder durch eine gewisse Gegenständlichkeit kollektiv zueinander kommen und miteinander aktiv werden.

onen das der Branchensyndikate abgelöst haben, was weiter nicht schlimm ist, man muss sich nicht an Begriffen aufhängen. Es scheinen aber durch die Struktur des Allgemeinen Syndikats verschiedene Bereiche zusammen zu fallen, die besser einer Trennung bedürften. So erfüllt das Allgemeine Syndikat in der Regel die Aufgaben eines berufsübergreifenden Syndikats ebenso wie die der Arbeiterbörse. Das kann zu verschiedenen Problemen führen.

Da es schwierig ist, aus einem Allgemeinen Syndikat eine berufsbezogene Praxis zu entwickeln, tritt dieser Aspekt immer mehr in den Hintergrund, die Aufgaben der Arbeiterbörse hingegen treten immer mehr in den Vordergrund, also Bildung, Kultur, Aktionen mit anderen Organisationen, Solidaritätsaktionen, gewerkschaftliche Beratung usw. Daraus ergibt sich aber, dass eine betriebliche Praxis häufig (selbstverständlich längst nicht in allen Städten!) nicht mehr durch die eigenen Mitglieder direkt stattfindet, sondern Externe bei der FAU Hilfe suchen, diese auch bekommen und sich danach schnell wieder abwenden. Die eigenen Mitglieder sind dann in der Regel mit dieser Unterstützung solcher Kämpfe oder mit der Organisation von allen möglichen Veranstaltungen und Demos beschäftigt und kümmern sich oft viel zu wenig darum, am eigenen Arbeitsplatz aktiv zu sein.

Es ist natürlich richtig und wichtig, dass die Gewerkschaft ansprechbar ist und unkompliziert Hilfe leistet, aber sie darf nicht zur Dienstleisterin werden und auch keine entsprechende Mentalität fördern.

Jetzt hat es in vielen Gruppen der FAU in den letzten Jahren einen Wandel gegeben, die Struktur ist gleich geblieben, aber man „professionalisiert“ sich mehr im betrieblichen Bereich. Das heißt, dass sich ein tradeunionistisches Verständnis von Gewerkschaft in den Vordergrund stellt und das, was die Arbeiterbörsen leisten sollen, völlig aus der Praxis gelöst wird.

Zusammengefasst sieht es ungefähr so aus, dass viele FAU Gruppen sich nur noch betrieblich fokussieren und der Rest zwischen den Aufgaben der Betriebsarbeit und einer Kulturarbeit hin und her laviert.

Ich glaube gar nicht, dass es richtig wäre diesen – nennen wir es mal „Konflikt“ – dahingehend aufzulösen, jetzt keine oder weniger Betriebsarbeit zu machen. Da wo es besonders gut läuft, sollte man das sicher auch weiter verfolgen. Vielmehr ginge es mir darum, das Konzept der Arbeiterbörsen wieder ins Gedächtnis zu rufen und als eine eigenständige Organisation in der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft wiederzubeleben. Und das muss ja gar nicht auf Kosten der Betriebsarbeit gehen.

Was mir damals, als der Text entstand, auf dem auch diese Ausführungen basieren, vorschwebte, war der Gedanke, dass es ja immer mehr Gruppen

geben würde, die im Prinzip die Aufgaben der Arbeiterbörsen übernehmen, auch wenn sie sich gar nicht in der Tradition dieser verstehen. Davon bin ich inzwischen immer weniger überzeugt und ich glaube, ohne ein Verständnis von einer freiheitlich-sozialistischen Tradition kann da auch meistens nichts bei rauskommen, was in unserem Sinne ist.

Damit sind wir jetzt aber auch endlich bei der revolutionären Stadtteilarbeit angekommen.

Revolutionäre Stadtteilarbeit

In den vergangenen Jahren gab es innerhalb der radikalen Linken in verschiedenen Städten, wie auch überregional, Diskussionsprozesse zur strategischen Ausrichtung der eigenen Arbeit und die Notwendigkeit von Basisarbeit. Unter anderem aus diesen Prozessen gingen mehrere Gruppen hervor, die eine kontinuierliche stadtteilbezogene Basisarbeit betreiben. Im Nachgang davon – und aus dem Erfolg dieser Gruppen resultierend – haben sich inzwischen noch mehr Stadtteilgruppen gebildet und es gründen sich auch immer noch neue Gruppen.

Jedenfalls haben einige von den Gruppen in dem Interviewband „Revolutionäre Stadtteilarbeit. Zwischenbilanz einer strategischen Neuausrichtung linker Praxis“, herausgegeben von der Gruppe *Vogliamo Tutto*, einen recht tiefen Einblick in ihre Praxis, theoretischen Hintergrund und ihre strategischen Ziele gewährt.

Es gibt selbstverständlich Unterschiede zwischen den interviewten Gruppen, diese sollen erst mal aber nicht im Vordergrund stehen, stattdessen wollen wir darauf schauen, ob die Praxis der revolutionären Stadtteilarbeit ähnlich wie die der Arbeiterbörsen funktioniert.

Wichtig ist hierfür, wie die Gruppen ihre eigen Arbeit im gesellschaftlichen Kontext betrachten. Mehrere Gruppen betonen, Stadtteilpolitik schaffe das Bewusstsein, dass der Kampf vor der Haustüre stattfindet und dass es eine überregionale Organisation bräuchte – denn am Ende „geht [es] nicht um die Community, sondern um eine Gesellschaft.“⁶ (*Solidarisch in Gröpelingen*) Offen ist zum Zeitpunkt des Buches noch die Frage, wie so eine Organisation aussehen soll und ob die eigenen Kapazitäten für eine überregionale Organisation ausreichen. Das sieht heute auch schon ein bisschen anders aus, aber dazu auch später mehr.

6 *Vogliamo Tutto* (Hg.): Revolutionäre Stadtteilarbeit. Zwischenbilanz einer strategischen Neuausrichtung linker Praxis. Münster 2022, S. 85.

Betrachten wir uns das Wirkungsfeld der Gruppen, richtet es sich maßgeblich nach den Bedürfnissen der Menschen im Stadtteil, bzw. es wird in weiteren Schritten daran angepasst. Das erfolgt dann teilweise, wie in Münster, indem man aus mittelmäßig angenommen Kulturabenden die Konsequenz zieht, gezielte Umfragen zu machen bei denen sich dann herauskristallisiert, welche Themen besonders viele Menschen betreffen (in Münster der Großvermieter LEG). Trotzdem werden Kultur- und Bildungsveranstaltungen nicht aufgegeben, sondern meist weiterhin als wichtige Bestandteile angesehen.

Mancherorts wird unterschieden was für die Nachbarschaft angeboten wird und welche Bildungsveranstaltung gezielt für die AktivistInnen abgehalten werden. Regelmäßig gibt es in den meisten Städten auch Sozialberatungen für Menschen mit Miet- oder Jobcenterproblemen. Die Bremer Gruppe hat den Beratungsansatz zu ihrem Hauptschwerpunkt gemacht und ein Konzept namens „Beratungs-Organisierungs-Ansatz“⁷ (BOA) entwickelt, in dem sie darlegen, wie sie über die Beratung von individuellen Problemen zur kollektiven Organisation gelangen wollen. Dabei werden die Beratungen nur für jene angeboten, die Mitglied in der Organisation werden. Damit wollen sie auch den eigenen Anspruch der Stadtteilgewerkschaft unterfüttern. Da gehen wir später auch nochmal drauf ein, erst mal nur so viel, dass sich über den starken Beratungsfokus und das exklusive Angebot für Mitglieder wieder neue Probleme ergeben – die in anarchosyndikalistischen Gewerkschaften wohlbekannt sind, so z.B. eine starke Mietgliedsbasis aus Karteileichen, die wenn überhaupt nur mit einer KonsumentInnenhaltung an der Organisation partizipieren.

Die Organisationsstruktur vieler Gruppen ist interessant, da sie in der Regel nicht einfach über öffentliche Treffen, aber auch nicht über geschlossene Gruppen stattfindet. Organisatorisch in der Hauptverantwortung für die strategischen Ausrichtungen sind dort ideologisch gefestigte Kerngruppen, dann gibt es offene Teilbereichsgruppen oder Veranstaltungen bei denen alle Menschen entweder als konsumierende BesucherInnen oder eben als aktive OrganisatorInnen mitwirken können. Wichtig ist, dass das System transparent und nicht geschlossen ist. Es wird angestrebt, die Menschen aus der Nachbarschaft organisatorisch nach ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten einzubinden und auch die Kerngruppen sind offen, wenn Menschen verbindlich aktiv sein wollen und mit den Zielen der Arbeit inhaltlich übereinstimmen.

Das klingt soweit erst mal ganz nett, offen für Partizipation, undogmatisch und sympathisch. Wie niedrigschwellig das in Wahrheit ist, wie geschlossen

⁷ Solidarisch in Gröpelingen: Beratungs-Organisierungs-Ansatz, 2023 Online: https://solidarisch-in-groepelingen.de/wp-content/uploads/2023/08/BOA_Broschu%CC%88re-1.pdf

die koordinierenden Gruppen am Ende doch sind und wie viel Basisdemokratie da dann übrig ist, entzieht sich meiner genauen Kenntnisse. Was jedoch einen Hinweis gibt, dass die vielfach beschworene Basisarbeit nicht so sehr kompatibel ist mit der Basisdemokratie ist der bereits erwähnte „Beratungs-Organisierungs-Ansatz“ und die daraus resultierenden praktischen Folgen.

In dem Papier der Bremer GenossInnen, in dem sie ihren Ansatz erläutern ist viel Richtiges drin, sie haben völlig richtig erkannt, dass Kulturarbeit nur wenige erreicht, nicht zu einer langfristigen Organisation anregt und häufig an den Lebensrealitäten von Menschen vorbeigeht und insgesamt nur eine sehr begrenzte Wirkung entfaltet.

Was sie als Konsequenz gezogen haben, ist der Aufbau einer Beratungsstruktur, in dem Mitglieder der Stadtteilgewerkschaft zu allen möglichen Rechtsfragen beraten werden, die Mitglieder sollen sich natürlich nicht nur beraten lassen, sondern es soll eine Zugehörigkeit zur Organisation geschaffen und motiviert werden, an kollektiven Kämpfen teilzunehmen. Das mag auch gar nicht so schlecht laufen, das möchte ich gar nicht absprechen.

Das Frage ist für mich viel weniger, ob der Ansatz erfolgreich ist, sondern worauf er hinausläuft.

Dafür gehen wir noch einen Schritt zurück. Nämlich zu der Frage, wo man eigentlich diese Nachbarschaftsarbeit oder Basisarbeit macht.

Solidarisch in Gröpelingen, Berg Fidel Solidarisch und einige andere Gruppen haben sich nämlich nicht dazu entschieden, in den Stadtteilen in denen ihre AktivistInnen leben, eine solche Politik zu betreiben, sondern sie haben sich als AktivistInnen überlegt, wo sie hingehen wollen, um Menschen zu organisieren. Hier liegt auch schon der erste große Fehler und ein signifikanter Unterschied zum Anarcho-Syndikalismus.

Wie in den 70ern als linke AkademikerInnen sich mit ihren Zeitungen vor Werkstore gestellt haben, gehen die AktivistInnen – in den meisten Fällen wieder linke AkademikerInnen – jetzt in die armen und migrantisch geprägten Stadtteile um dort Menschen zu agitieren und zu organisieren. Wie die K-Gruppen von früher halten sie die Leute für nicht dazu in der Lage, sich selbst zu organisieren und wie die K-Gruppen sind sie auf der Suche nach einem revolutionären Subjekt, was in erster Linie hervorragend davon ablenkt selbst aktiv zu sein.

Aktiv nicht in dem Sinne, dass man irgendwas macht, die Leute machen ja jede Menge, sondern in dem Sinne, dass sie etwas machen, das etwas mit ihrem eigenen Leben zu tun hat. Augenscheinlich wird das, schaut man sich

die Internetseite von Solidarisches Potsdam, der „Stadtteilgewerkschaft in Gründung“ an. Da werden offene Fragen formuliert, die es vor der eigentlichen Arbeit noch zu klären gilt. Z.B. in welchem Potsdamer Stadtteil man aktiv werden will und welche sozialen Angebote man machen möchte.⁸

Etwas salopp ausgedrückt, kann man sagen, dass die GenossInnen eine linke Serviceagentur gründen wollen, die eben auch über ein bisschen Mobilisierungspotential auf der Straße verfügt. Nichts anderes haben wir in Bremen.

Jetzt kommen also die AktivistInnen – mutmaßlich linke AkademikerInnen, also genau so Leute wie ich – in die armen Stadtteile – in denen sie nicht wohnen, mit denen sie nichts verbindet – und wollen dort Strukturen aufbauen. Es hat etwas paternalistisches und viel auch vom Leninismus, wenn die Kader von außen kommen, zu denen von denen sie sich erwarten, dass sie sich auf Grund ihrer materiellen Lage mobilisieren lassen müssten.

Das ist natürlich auch nicht grundlegend falsch, der alte Spruch mit dem Sein, dass das Bewusstsein bestimmt, ist natürlich richtig. Es ist aber ein fragliches Menschenbild, was diese AktivistInnen an den Tag legen, wenn sie sich selbst von ihren materiellen Umständen entkoppeln, es nicht für nötig erachten, auch für sich selbst zu kämpfen, die Probleme in ihrem Leben, in ihrer Nachbarschaft, in ihrem sozialen Bezugsrahmen anzugehen, sondern das alles links liegen lassen und dorthin gehen, wo sie am meisten menschliche Manövriermasse vermuten.

Organisieren oder organisiert werden, hat Bernie Kelb, ein antiautoritärer Kommunist, eine seiner Schriften benannt.⁹ Was hier passiert, scheint mir ziemlich klar: Es formieren sich Kader, die in einem Selbstverständnis, welches dem des Berufsrevolutionärs gleicht, gezielt dahin gehen, wo sie die ‚einfachen Leute‘ vermuten um denen dann zu erklären, wie es richtig läuft.

Auch hier möchte ich nicht falsch verstanden werden. Es geht nicht darum, dass man anderen Menschen nicht erzählen sollte, was falsch läuft, was man tun könnte usw. Es wäre ja absurd, wenn wir das aufhören würden. Die Frage ist aber, auf welcher Basis wir das tun.

Tun wir das auf Augenhöhe, stehen wir zu den Menschen in einer gleichberechtigten Beziehung, haben wir eine Verbindung die auf Gegenständlichkeit basiert, also wohnen wir z. B. im selben Haus oder der selben Straße, arbeiten wir gemeinsam oder oder oder. Können wir von dieser konkreten Ebene

8 Vgl.: Solidarisches Potsdam, Online: <https://solidarischespotsdam.de/>

9 Vgl.: Kelb Bernie: Organisieren oder organisiert werden, Hamburg/Moers 2013

und den Problemen, denen wir uns hier gemeinsam ausgesetzt sehen, zum Abstrakten kommen, können wir uns gemeinsam und gleichberechtigt um diese Probleme herum organisieren oder kommen wir als ExpertInnen.

Letzteres scheint mir beim BOA vorprogrammiert zu sein. Das liegt auch daran, dass die Beratung zu Rechtsfragen immer in der herrschenden Logik verbleibt. Sie ist damit schon fast das Gegenstück zur direkten Aktion. Da werden gemeinsam Briefe ans Jobcenter geschrieben – keine Frage, das ist wichtig und überfordert viele Menschen, aber es ist eben auch die Praxis der Sozialen Arbeit, die eine systemstabilisierende Funktion hat und haben muss. Mit viel Wohlwollen könnte man es noch als direkte Aktion interpretieren, wenn die Leute im Anschluss in der Lage sind, die Briefe selbst zu schreiben. Aber das werden sie in der Regel nicht. Die Gesetze sind kompliziert und die Amtsvorgänge nur schwer zu durchschauen und es macht im Rahmen des falschen Ganzen Sinn, dass es eine eigene Berufskaste gibt, die sich damit beschäftigt, ohne Studium ist es häufig einfach nicht möglich da durchzublicken.

Die Bremer GenossInnen stilisieren den BOA selbst zu einer ‚komplexen‘ Form der Basisarbeit, wohingegen das, was sie früher gemacht haben und was andere machen, für sie ‚einfache‘ Basisarbeit ist.

Es scheint mir allerdings vielmehr so zu sein, dass diese Sozialarbeit die da geleistet wird, eine einfache Form der Basisarbeit ist, komplex wäre es hingegen, nachhaltige Strukturen aufzubauen, die den Menschen bereits Fähigkeiten vermitteln und Möglichkeiten eröffnen, ihr Leben zumindest in Teilen selbstorganisiert und kollektiv gestalten zu können, also Formen von Rätestrukturen aufzubauen, die den Namen auch verdienen und eine praktische und gegenständliche Wirkung entfalten können und bei denen auch klar ist, wohin sie wollen, nämlich zu einer neuen Form von Gesellschaft, deren Keimzellen sie sind.

Ganz anders stellt es sich im BOA dar. Die Basisarbeit ist hier Mittel, anders als im Anarcho-Syndikalismus wo sie der Zweck ist, sie ist Mittel um die Organisation aufzubauen. Die Organisation ist der Zweck und zwar der Selbstzweck. Denn es bleibt völlig unklar, was denn die Organisation eigentlich tun kann oder soll um Gesellschaft zu verändern.

Dadurch, dass sie als Selbstzweck gesetzt wird, folgt sie wieder der Parteilogik, in ihr sollen die materiellen Interessen kulminieren, sie ist die Lösung für alles, ganz universell und wird dadurch selbst zum Akteur, zum revolutionären Subjekt.

Das passt natürlich gut zur Sinnsuche vieler Linker und zu dem Bedürfnis nach Klarheit in einer immer komplexer werdenden Welt. Dieses Bedürfnis findet sich ja überall in der Gesellschaft, wir sind davon nicht frei. So formieren sich inzwischen auch die überregionalen Strukturen, da der BOA mit seiner vermeintlichen Einfach- und Klarheit eine Strahlkraft entwickelt hat. Verschiedenste Gruppierungen formieren sich inzwischen mehr oder weniger lose um die Bremer Gruppe.

Es müsste aber eigentlich darum gehen, dass wir Strukturen aufbauen, die von den Menschen nach ihren Bedürfnissen entsprechend geformt und genutzt werden können. Was ich in der Skizze einer anarchosyndikalistische Organisation dargestellt habe, ist ja insofern nur konkret, als dass es einen möglichen Weg aufzeigt, wie wir kollektiv zu einer anderen Gesellschaft gelangen können, unkonkret ist es insofern, als dass darin die überall und bei allen Problemen und Kämpfen auftretenden Besonderheiten nicht reflektiert werden, weil das schlicht nicht möglich ist. Die Menschen die an ihnen partizipieren, von den Problemen betroffen sind, die Kämpfe austragen, müssen das tun und entsprechende Entscheidungen treffen. Das widerspricht natürlich absolut dem Bedürfnis nach Klarheit und wirft am Ende mehr Fragen auf, als es Antworten gibt und natürlich bin ich selbst auch an ganz vielen Stellen ratlos. Aber einfache Antworten werden uns nicht weiter bringen, genauso wenig, wie das Aufstellen eines Schemas nach dem wir dann alles erklären und lösen wollen.

Der BOA ist aber genau so ein Schema. Das Schema soll dann gegen die Welt durchgesetzt werden und verspricht die ersehnte Klarheit. Das entbindet die AktivistInnen dann auch davon wirkliche Erfahrungen mit der Welt zu machen, weil das nur möglich wäre, wenn man offen und ansprechbar dafür ist, nicht wenn man alles versucht, in das eigene, sehr begrenzte, Erklärungs- und Handlungsmuster zu packen.

Das zeigt sich auch an der Art und Weise der Kommunikation mit den Menschen. Was ich eben beschrieben habe, diese Offenheit der Organisationen, dass Menschen in den Aktivenkreis kommen können, läuft ja auch so. Sie können kommen, wenn sie sich bereit erklären, die Ansichten der Gruppe als ihre eigenen vollumfänglich zu akzeptieren. In anderen Kreisen ist das die Unterwerfung unters Parteiprogramm.

Das ist eine Form der Einbahnstraßenkommunikation. Die Menschen werden von den AktivistInnen bzw. der Organisation belehrt, umgekehrt lassen sich die AktivistInnen bzw. die Organisation aber nichts erzählen, Dissidenz ist nicht erwünscht. Das bewahrt einen nicht nur vor den Erfahrungen mit der Welt, sondern immunisiert auch gegen Kritik.

Angesichts dessen bin ich inzwischen ehrlich gesagt nicht mehr der Ansicht, dass das was unter Revolutionärer Nachbarschaftsarbeit oder Stadtteilpolitik oder was auch immer läuft, die Rolle der Arbeiterbörsen quasi übernehmen könnte und sich so bestenfalls eine Föderation aus diesen Gruppen und der FAU ergeben könnte, in der die FAU sich weiter auf das Betriebliche fokussieren könnte und die Nachbarschaftsgruppen dann die anderen Organisierungsbereiche übernehmen würden, was ursprünglich mal meine These gewesen ist.

Der BOA ist ein im Kern leninistisches Modell, mit dem wir als AnarchosyndikalistInnen nichts gemein haben.

Jetzt ist es aber nicht ganz fair, alles auf den BOA zu reduzieren. Es gibt immer noch sympathische Gruppen, bei denen genau dieses Potential besteht. *Wilhelmsburg Solidarisch* aus Hamburg zum Beispiel. Da finden wir auch Tendenzen in diese Richtung, aber die Gruppe ist von Grund auf ganz anders aufgestellt. Damit angefangen, dass die Leute mit Stadteilarbeit in Wilhelmsburg begonnen haben, weil sie da leben.

Aber es gab auch eine andere ein bisschen größere Vernetzung. Die der *Kiezkommunen*. Vorwiegend waren das Stadtteilgruppen aus Berlin, aber es gab und gibt auch eine Gruppe hier in Magdeburg. Der Verband hat sich inzwischen aufgelöst und die Berliner Gruppen sind in den *Bund der KommunistInnen* eingetreten, in dem eine krude ideologische Mischung aus Marxismus-Leninismus und allerlei linksradikalen Versatzstücken vorherrscht. Hier wird unter deutlich ehrlicheren Vorzeichen das gemacht, was in Bremen und Münster, durch antiautoritäre Rhetorik verschleiert, passiert.

Die Magdeburger Gruppe hat sich der FAU angeschlossen. Damit hat sie, sicher ungewollt, umgesetzt, was ich ursprünglich gehofft hatte: Nämlich der Zusammenschluss der Gruppen die revolutionäre Stadteilarbeit betreiben, mit der FAU und damit eine Wiederbelebung der Arbeiterbörsen. Da würde mich jetzt natürlich interessieren, was eigentlich die genauen Beweggründe sind und wie ihr eure Rolle sehen würdet.

Nach dem was ihr zu den Arbeiterbörsen gehört habt, könnt ihr euch in einer solchen Tradition sehen und denkt ihr, dass ihr in der FAU quasi diese Funktion übernehmt oder übernehmen könntet bzw. wolltet?

Vielleicht kurz nochmal zusammengefasst, das sind Propaganda, Bildung, Koordination verschiedener Kämpfe, Vernetzung mit anderen Initiativen, Kulturarbeit und in einem weiteren Schritt auch irgendwann die Bedarfsermittlung zur sozialistischen Planung, aber das ist vielleicht jetzt etwas weit weg.

Und vielleicht auch an die FAUistas noch die Frage, versteht ihr euch selbst so, dass ihr jetzt mehr einen gewerkschaftlichen Fokus setzen könnt, weil die Kiezkommune entsprechend andere Akzente setzen kann?

Vortrag von Frederik Fuß

Stadtteilarbeit als syndikalistische Praxis

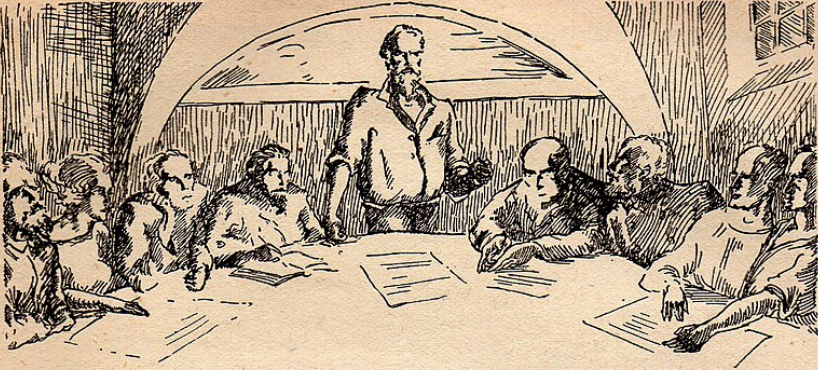


18. Oktober 2024
FREITAG | 19 UHR

Stadtteilladen Mitmischen
Maxim-Gorki-Str. 40



Bild: FAU Magdeburg



Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus



Wir handelten als Kiezkommune in Magdeburg von Anfang an autonom

Interview mit der Kiezkommune Stadtfeld und der FAU Magdeburg

(@Kiezkommune) Wie kam es, dass ihr euch der FAU angeschlossen habt und nicht mit den anderen Kiezkommunen im Bund der Kommunistinnen aufgegangen seid?

Kiezkommune: Abseits von unseren persönlichen Kontakten, die uns mit den Berliner Kommunen (jetzt Stadtteilkomitees) verbindet, war es vor allem der strategische Ansatz, nicht der berlinspezifische ideologische Ansatz, der uns dazu veranlasst hat, eine Kiezkommune in Magdeburg mit Berliner Unterstützung zu gründen. Wir haben den Prozess, der zu der Entscheidung der Berliner Strukturen geführt hat, natürlich mitbekommen. Wir handelten als Kiezkommune in Magdeburg aber von Anfang an autonom und waren deshalb in der Position zu sagen, dass wir diesen Weg nicht mitgehen werden. Davon abgesehen stehen wir den Stadtteilkomitees immer noch solidarisch gegenüber, auch wenn wir ideologisch und organisatorisch anders aufgestellt sind. Die Teilnahme bzw. Mitgliedschaft in unserer Kiezkommune setzt keine ideologisch geschlossene Weltanschauung voraus. Nicht jeder Mensch, der an der Struktur teilnimmt, muss oder versteht sich als Anarchist:in. Nichtsdestotrotz verordnet sich ein Großteil der aktuellen Mitglieder im Anarchismus und war bereits in der FAU oder anderen anarchistischen Gruppen aktiv. Das zeigte sich als wir in einen Diskussionsprozess getreten sind, um die organisatorische Zukunft der Kommune zu klären. Das Ergebnis dieses Diskussionsprozesses war der organisatorische Anschluss als autonome Arbeitsgruppe innerhalb der FAU Magdeburg.

(@Kiezkommune) Versteht ihr euch bzw. eure Arbeit in der Tradition der Arbeiterbörsen oder würdet ihr nach dem Vortrag denken, dass sie sich zumindest in dieser verorten lässt? Oder dass ihr die Rolle einer solchen in der FAU einnehmt?

Kiezkommune: Im Vorfeld des Vortrags war das Wissen bezogen auf die historische syndikalistische Konzeption der Arbeiterbörsen nur bei einigen wenigen Mitgliedern vorhanden. Diesen war die Nähe des Ansatzes mit den Arbeiterbörsen bewusst und war auch ein Beweggrund, sich der Kiezkommune beim Entstehungsprozess anzuschließen. Nach dem Vortrag haben weitere Mitglieder entsprechende Parallelen und vor allem Potentiale gesehen, die sich an einer Orientierung an der Tradition der Arbeiterbörsen ergeben könnten, auch wenn die gesellschaftlichen Grundbedingungen heute andere sind. Letztlich wäre es vermessen, davon zu sprechen, dass wir diese Rolle innerhalb der FAU aktuell auch nur annähernd einnehmen könnten. Aber wir arbeiten dran 😊.

(@Kiezkommune) Wie seid ihr organisiert? Gibt es ein Plenum, wo alle über alles sprechen, gibt es AGs, Ausschüsse etc.?

Kiezkommune: Das hat sich über die Jahre unseres Bestehens fortlaufend geändert und wird sich voraussichtlich auch in Zukunft je nach den aktuellen Umständen wieder ändern. In der Vergangenheit waren wir unter anderem eine Zeit lang in Komitees und Kommissionen organisiert. Die Komitees beschäftigten sich mit spezifischen Themenbereichen wie zum Beispiel Kultur, Bildung oder soziale Kämpfe, während die Kommissionen diesen untergeordnet als offene Projekte dienten, an denen auch außerhalb der Kommune organisierte Menschen teilnehmen konnten. Diese Organisationsstruktur mussten wir aufgrund verschiedener Probleme und eigener Schwäche wieder abändern und den Gegebenheiten anpassen. Aktuell findet einmal im Monat ein Treffen aller Mitglieder statt, auf dem der nächststehende Monat geplant und Aufgaben verteilt werden. Abgesehen davon gibt es Arbeitsgrup-

pen und Delegierte. Aktuell finden jeden Mittwoch und mehrfach im Monat dienstags Aktivitäten der Kommune statt, die für alle Nachbar:innen offen sind. Zusätzlich kommen einzelne Veranstaltungen wie Vorträge oder Schulungen dazu. Einmal im Jahr führen wir als Mitglieder ein Strukturtreffen durch. Dafür nehmen wir uns ein ganzes Wochenende, an dem die bisherige Arbeit ausgewertet, die Strategie angepasst und organisatorische Aufgaben verteilt werden.

(@FAU MD) Wie hat sich die Arbeit und Struktur in der FAU Magdeburg verändert, seit sich die Kiezkommune bei euch angeschlossen hat?

FAU MD: Durch die Gründung der entsprechenden AG wurden die zuvor losen Kontakte zur Kiezkommune Magdeburg-Stadtfeld formalisiert und dadurch das Potential der FAU als Gesamtorganisation erweitert. Innerhalb dieser Gesamtorganisation hat die Kiezkommune Magdeburg-Stadtfeld ihren Zuständigkeitsbereich gemäß des Fokus auf die Nachbarschaftsorganisation. Da sowohl die FAU Magdeburg als Gesamtorganisation als auch die Kiezkommune als spezifische Nachbarschaftsorganisation nach wie vor in einem Aufbauprozess stecken, waren bisher keine großen Struktur Anpassungen notwendig. Überlegungen gibt es dazu zwar bereits, aber diese machen erst mit Anwachsen der Mitgliederzahlen Sinn.

(@FAU MD) Empfindet ihr es so, dass ihr euch verstärkt auf eine betriebliche Ebene fokussieren könnt, da die Kiezkommune in außerbetrieblichen Bereichen aktiv ist?

FAU MD: Überspitzt gesagt, wäre es schön, wenn wir uns überhaupt auf einer betrieblichen Ebene bewegen und uns auf diese fokussieren könnten. Tatsächlich ist das aber noch nicht sehr ausgeprägt. Was wir aber beobachten ist, dass wir mit der Nachbarschaftsarbeit sowohl neue Mitglieder gewinnen als auch ein Umfeld von Unterstützer:innen aufbauen, welche wiederum Teilaufgaben im außerbetrieblichen Bereich übernehmen. Dadurch werden bei den aktiven Gewerkschaftsmitgliedern Ressourcen frei, die selbstver-

ständig dann in den Gewerkschaftsaufbau fließen. Diese Entwicklung steht zwar noch ganz am Anfang, zeigt aber bereits das vorhandene Potential.

(@FAU MD & Kiezkommune) Was für Vorteile und welche Schwierigkeiten seht ihr in dem Zusammenschluss von Kiezkommune und FAU?

FAU & Kiezkommune: Es ist generell sinnvoll, darüber nachzudenken, sich bei gleichen oder ähnlichen Prinzipien und Arbeitsweisen organisatorisch einer größeren Struktur anzugliedern und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Den Erfahrungsaustausch in beide Richtungen, also sowohl in die betriebliche als auch außerbetriebliche, nehmen wir als sehr befruchtend wahr. So führt, um nur mal ein Beispiel zu nennen, ein langjähriges Mitglied der Kiezkommune am Arbeitsplatz eine erste gewerkschaftliche Kampagne über die Stadtgrenzen hinweg. Des Weiteren haben wir durch den Zusammenschluss einen größeren gesellschaftlichen Resonanzraum. Für die zahlenmäßig kleinere Kommune war es darüber hinaus von Vorteil, Ressourcen und Strukturen der FAU, wie bspw. die Mitgliederverwaltung, nutzen zu können. Die zahlreichen Vorteile sollten aber nicht darüber hinweg täuschen, dass gerade am Anfang die Diskussionsprozesse einiges an Zeit und Energie kosten. Dazu kommt, dass je Größer eine Organisation ist, desto schwieriger zu überblicken ist, wann der nächste Entwicklungsschritt zu gehen ist und wie dieser auszusehen hat.

(@FAU MD & Kiezkommune) Denkt ihr, dass das Modell – die Verbindung einer explizit nachbarschaftlich organisierten Struktur mit einer FAU Lokalgruppe - ein Vorbild für andere Städte ist bzw. sein sollte?

FAU & Kiezkommune: Ja, sofern es aus einem entsprechenden Bewusstsein heraus passiert. Fakt ist, dass es wie bei jeder Basisorganisierung ein langwieriger Prozess ist, der Kraft kostet. Wer also denkt, jetzt das Tool zur schnellen Organisierung der Massen gefunden zu haben, den müssen wir enttäuschen.

Vielen Dank für eure Antworten

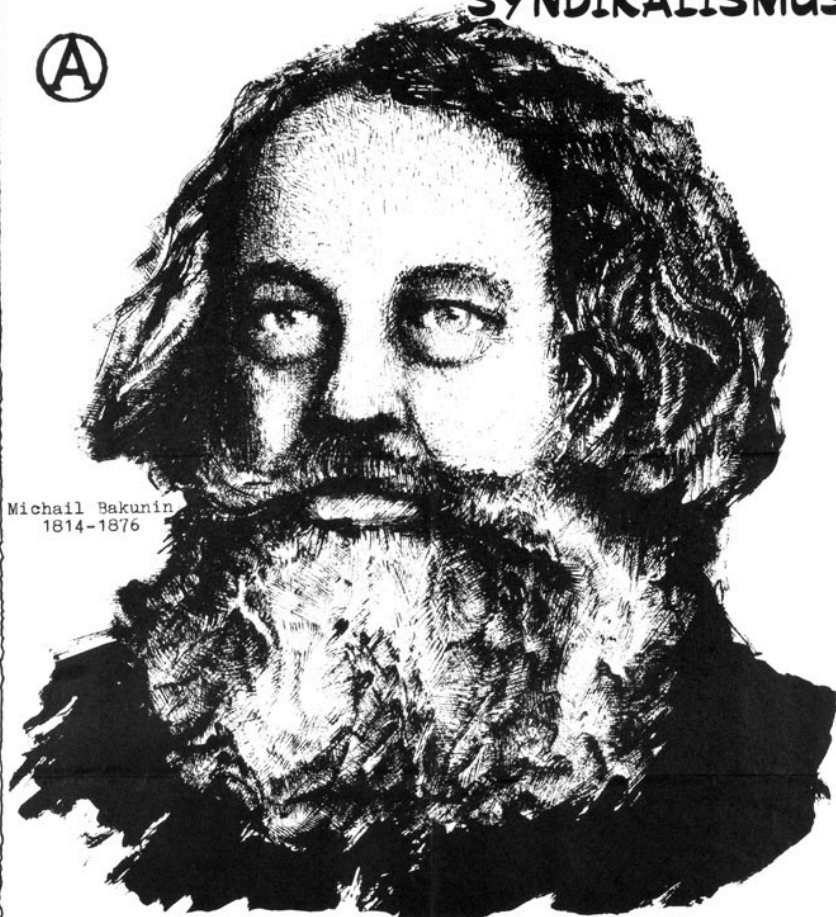


www.magdeburg.fau.org

FÜR ARBEITERSELBSTVERWALTUNG
ES LEBE DER ANARCHO-
SYNDIKALISMUS

(A)

Michail Bakunin
1814-1876



GEFANGENENGRUPPE · 85 NÖDG · HUMBOLDTSTR. 38

Wir verwerfen jede Gesetzgebung, jede Autorität, jeden privilegierten, patentierten, offiziellen, legalen Einfluß, auch wenn er durch das allgemeine Stimmrecht geschaffen sein sollte, in der Überzeugung, daß derartige immer nur zum Vorteil einer herrschenden Minderheit von Ausbeutern und zum Nachteil der geknechteten ungeheuren Mehrheit gereichen kann. In diesem Sinne sind wir in Wahrheit Anarchisten.

Der unrealistische Klang dieser Behauptungen
deutet nicht auf ihren utopischen Charakter hin,
sondern auf die Gewalt der Kräfte, die ihrer
Verwirklichung entgegenstehen.

Der unbekannte Theoretiker